

Danziger Zeitung.

Nr. 1999.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelötzte gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Stg.

Saarlouis, 26. Febr. Heute früh 4 Uhr entstand in Folge der Explosion eines Verkaufslagers von Feuerwerkskörpern eine Feuersbrunst, durch welche mehrere Häuser vollständig eingefärbt wurden. Eine Person ist verbrannt.

Wiesbaden, 26. Febr. Die Sängerin Hermine Spiek-Hartmuth ist heute gestorben. (W. Z.)

Ulm a. d. Donau, 26. Febr. Heute Mittag wurde die 40jährige Professorstochter Fräulein Reuß auf einem Promenadenweg in unmittelbarer Nähe der Stadt ermordet und ihrer Uhr nebst Börse beraubt. An der Leiche zeigten sich Schüsse in Hals und Brust.

Pest, 25. Febr. Zwischen den Stationen Dorothea und Szatymaj der ungarischen Staatsbahn entgleisten heute früh 5 Waggons eines Personenzuges. Der Zugführer wurde schwer verletzt, von den Passagieren niemand. Der Verkehr war mehrere Stunden gestört.

Paris, 26. Februar. Die Emirab-Weltfahrt von 1000 Kilom. in der großen Maschinenhalle auf dem Marsfeld, welche die Radfahrer Terront und Corré am Freitag Abend 10 Uhr begannen, wurde heute Nachmittag 4 Uhr beendet. Terront siegte; Corré blieb um 10 Kilom. zurück.

Rom, 26. Febr. Der Papst empfing heute den österreichischen Botschafter Grafen Revertera in feierlicher Audienz. Graf Revertera überreichte das Glückwunschkreis des Kaisers Franz Josef und die dem Papste vom Kaiser gewidmeten Geschenke, darunter ein prachtvolles Eisenkreuz mit Brillanten. Darauf hatte der Botschafter mit dem Papste ein längeres Privatgespräch in den päpstlichen Gemächern. Später stellte er dem Cardinalscretär Rampolla einen Besuch ab.

Petersburg, 26. Febr. Mit Genehmigung des Kaisers ist in ganz Russland eine Sammlung von Spenden für die Notleidenden auf der Insel Santjew eröffnet worden.

Washington, 26. Februar. Auf eine Anfrage des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses antwortete der Schatzsekretär Foster, die Lage verdiene eine erste Prüfung, er empfehle, die Einkünfte um 50 Millionen Dollars zu vermehren, um die Finanzlage zu sichern. Foster gab nicht an, ob die Einkünfte durch eine Anleihe oder durch neue Steuern vermehrt werden sollten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Februar.

Zur parlamentarischen Lage.

Die Militärccommission des Reichstages wird in dieser Woche von Mittwoch ab drei Sitzungen haben. Sie kommt jetzt an die wichtigsten Fragen: die Formation des Heeres und die Höhe der Friedenspräsenz. Dass die Verhandlungen, zu denen die Bevölkerung eines umfangreichen, von den verbündeten Regierungen in der Vorlage nicht gegebenen und erst für die Commission in Aussicht gestellten Materials nothwendig war, einen langsamem Gang nehmen, ist nicht verwunderlich. Von vornherein stand es fest, dass der Reichstag zunächst, ebenso wie in Preußen das Abgeordnetenhaus, den Etat vor dem 1. April festzustellen habe. Das verlangt die Verfassung im Reich und in Preußen. Daher werden auch, da die Staatsberathungen noch die nächsten Wochen im März in Anspruch nehmen werden, erst nach Ostern in Preußen die Steuerreform und im Reich die Militärvorlage zur Erledigung kommen. Das wusste man von vornherein und daher hat auch im Reich weder die Regierung noch die Parteien die Militärccommission zu einer Beschleunigung ihrer Arbeiten gedrängt. Auch wenn die verbündeten Regierungen die Absicht hätten, der Auflösung des Reichstags zuzustimmen, wenn er nicht die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange annehmen würde, hätten sie immer vorher den Abschluss der Staatsberathung abwarten müssen, da ohne Etat vom 1. April ab im Reich nicht gewirtschaftet und Matrikelbeiträge nicht erhoben werden können. Es ist also nicht begründet, wenn einige Organe der Presse ihrer Unzufrieden-

heit über den „schleppenden“ Gang der Verhandlungen der Militärccommission Ausdruck geben und ein beschleunigteres Tempo verlangen. Bis Ostern wird alles Wesentliche erledigt sein und bald nach Ostern auch ohne besondere Beschleunigung die Verhandlung im Plenum des Reichstags beginnen. Bis Pfingsten kann dann derselbe seine Arbeiten beenden, wenn es zur Verständigung kommt, oder wir werden, wenn wider Erwarten die Auflösung erfolgen sollte, um Pfingsten herum Neuwahlen und im Mai oder Anfang Juni Sitzungen des neuen Reichstags haben.

Der preußische Landtag, der ohnehin den freilich etwas zweifelhaften Vortzug haben wird, bis in den Hochsommer hinein in der Hauptstadt zu tagen, da vorher keinesfalls die Steuergesetze fertig werden können — das Wahlgesetz verlangt wegen der Verfassungsänderung eine zweimalige Abstimmung mit einem Zwischenraum von 3 Wochen — würde in seinen Steuerreformarbeiten sehr gestört werden und es ist fraglich, ob Herr Miguel im Falle der Auflösung des Reichstags seine Gesetze noch vor den im Herbst stattfindenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus in Sicherheit bringen würde. Doch darüber haben wir heute noch nicht nötig uns den Kopf zu zerbrechen. Erst nach Ostern beginnen die entscheidenden Kämpfe und bis dahin wachsen hoffentlich die Aussichten auf eine Verständigung. Wir können immer noch nicht annehmen, dass die Regierung, der die Auflösung keine besseren Chancen für die Militärvorlage bringt, dabei bleiben wird: Alles oder nichts!

Agitation der Antisemiten.

Die Antisemiten haben eine Anzahl von Wahlkreisen schon jetzt mit einer systematischen Agitation in Arbeit genommen. Zu diesen gehört auch Landsberg-Goldin, welches jetzt im Reichstage durch den Kammergerichtsrath Schröder (reizl.) vertreten wird. In Goldin haben in den letzten Wochen zwei Versammlungen stattgefunden. In der ersten sprach Werner, in der zweiten ein Berliner Antisemit und Pastor Matthes-Liebenfelde. Er beschäftigte sich besonders mit den letzten Reden des Abg. Rickert, des „großen Thieres“, wie er ihn nannte. Zum Schluss so berichten wörtlich die „Goldiner Nachrichten“ — erklärte er, „die Juden müssten ausgerottet werden, mit eisernen Haken, wie man das Unkraut austreibt“.

Wir können uns wirklich kaum vorstellen, dass ein Geistlicher sich so weit vergessen könnte, so etwas zu sagen. Einweihen möchten wir an ein Missverständnis glauben. Jedenfalls wird man eine Aufklärung darüber verlangen müssen. Auf gestern hatten die Liberalen in Goldin eine Generalversammlung anberaumt, zu welcher der Reichstagsabgeordnete Dr. Ruge erschien. Ein von 35 Conservativen (meist Großgrundbesitzern) unterzeichnete Aufruf hat zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert, ein wohl noch kaum dagewesener Fall, auf dessen Verlauf man gespannt sein konnte. Heute ging uns nun hierüber folgende Meldung zu:

Goldin, 27. Februar. (Privattelegramm.) Die Liberalen hatten in der gestrigen Versammlung trotz des conservativen Aufrufs die große Mehrheit. Ruge riet die Angriffe des conservativen und antisemitischen Pfarrers Matthes unter lebhaftem Beifall zurück.

Den Conservativen hat also ihr kluges Manöver mit der Einladung zu der liberalen Versammlung nichts genützt. Sie sind trotz allem unterlegen und haben den Liberalen das Concept nicht verdorben können. Dass die Herren zum Schaden jetzt den Spott noch obendrein haben, das haben sie reichlich verdient.

da die ganzen Pläne noch keine sichere Gestaltung gewonnen hatten. Demnächst schien sich im Jahre 1889 die Gelegenheit zu bieten, Kamerun einem telegraphischen Anschluss zu verschaffen, legendlich des von der spanischen Regierung mit der West African Telegraph Company erörterten Planes einer Kabelverbindung zwischen den Inseln Principe und Fernando Po, welche letztere nur etwa 130 Kilometer von Kamerun entfernt ist. Leider führten die Verhandlungen, welche dieser halb zwischen der deutschen und der spanischen Regierung geflossen wurden, nicht zu dem gewünschten Ergebnis, weil die Vorfragen wegen der gemeinsamen Benutzung des geplanten Kabels sich nicht erledigen ließen und Spanien auf unbestimmte Zeit von dem Anschluss von Fernando Po an das Telegraphen-Netz Abstand nahm. Immerhin aber hatten diese Vorgänge die Frage des telegraphischen Anschlusses von Kamerun ihrer Lösung näher gebracht, und die Verhandlungen, welche demnächst seitens des Reichspostamts mit der West African und später mit der African Direct Telegraph Company aufgenommen wurden, führten zu dem Entschluss, Kamerun unmittelbar an die Kabel der letzteren Gesellschaft anzuschließen. Als Anschlusspunkt konnte nur die im Niger-Delta gelegene englische Station Bonny in Frage kommen, welche bei einer 337 Kilom. betragenden Entfernung von Kamerun durch die Kabel der African Direct Telegraph Company über Brazz, Lagos, Accra, Sierra Leone, Bathurst und St. Vincent mit den Kabeln der Brazilian Submarine und der Eastern Telegraph Company und durch diese mit England verbunden ist. Nachdem dieser Entschluss einmal gefasst war, wurde zunächst die Genehmigung der britischen Regierung zur Landung des geplanten Kabels Kamerun-Bonny auf englischem Ge-

Die Liegnitzer Stichwahl.

Ueber die Stellung, welche die Socialdemokraten bei der am nächsten Sonnabend stattfindenden Stichwahl zwischen dem freisinnigen Kandidaten Herrn Jungfer und dem Antisemiten Hertwig einnehmen werden, bemerkte der socialdemokratische „Vorwärts“ in seiner neuesten Nummer, soweit er die Stimmung derselben kenne, sei man dort entschlossen, sich an dem Stichwahlkampf überhaupt nicht aktiv zu beteiligen. Wo aber die „Socialdemokraten“ um ihren wirtschaftlichen Abhängigkeit willen nicht von der Urne vorlieben und sich damit demonstrativ zur Socialdemokratie bekennen, würden sie freisinnige Stimmen abgeben, natürlich nicht „um der schönen Augen der Freisinnigen willen“, sondern um die Wahl eines Rassenhetzers, Lebensmittelhändlers und Anhängers der Militärvorlage zu verhindern. — Das ist durchaus vernünftig. Wie vor anderer Seite hören, wollen die Socialdemokraten tatsächlich sich theils der Stimmabgabe enthalten, theils aber auch für Jungfer stimmen und wohl nur wenige werden die Hoffnung der Antisemiten erfüllen, für Hertwig zur Urne zu gehen.

Weniger erfreulich ist die Haltung der Wissler'schen Bauernzeitung, welche ganz unbegreiflicher Weise „von einer wahrhaft lästigen Agitation der liberalen Parteien in Liegnitz“ spricht. Was meint Herr Wissler damit? Er wird hoffentlich die Verpflichtung fühlen sich darüber etwas näher zu äußern.

Die Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes.

Der Entwurf betr. die Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes, den der Bundesrat in seiner Sitzung beschlossen hat, enthält als Hauptbestimmung die, dass die Altersgrenze, von der ab der Unterstützungswohnsitz erworben oder verloren werden kann, von dem 24. auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt wird. Nach dem bestehenden Gesetz blieb die Ortsgemeinde verpflichtet, in Krankheits- und anderen Fällen für diejenigen Leute, die vielleicht schon im 16. oder 17. Lebensjahr ihre Heimat verlassen hatten, und anderwärts in Dienst getreten waren, bis zum vollendeten 26. Lebensjahr zu sorgen. Beim Erlass des Gesetzes wurde angenommen, dass die wirtschaftliche Selbständigkeit der jungen Leute erst mit dem 24. Jahre eintrete. Gegen die Herauslösung dieses Normalemts wird sich schwerlich beiderer Widerspruch erheben, wenn auch noch im letzten Jahre der Landwirtschaftsrath sich für die Herauslösung auf das 20. Lebensjahr ausgesprochen hatte. Aber nach den statistischen Feststellungen, welche vor einigen Jahren gemacht worden sind, dürften die Agrarier die Bedeutung der Herauslösung erheblich überschätzen. Neben anderen die Handhabung des Gesetzes erleichterten Bestimmungen enthält die Novelle nur noch eine Strafandrohung gegen Kinder, die, obgleich dazu im Stande, ihre arbeitsunfähigen Eltern ohne Unterstützung lassen.

Zu bemerken ist noch, dass das Gesetz, welches s. J. im Reichstage des norddeutschen Bundes erlassen worden ist, nach dem Beitritt der süddeutschen Staaten nur in dem Theile Hessens (südlich des Mains), der bis 1870 dem Bunde nicht angehörte, in Baden und Württemberg eingeführt worden ist; in Bayern gilt dasselbe in Folge der bairischen Reservatrechte auf dem Gebiete des Heimatwesens nicht. Die Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Gesetzgebung auf diesem Gebiete wird durch diese Novelle noch erheblich erschwert.

Das neue Postdampfgesetz.

Die erste Beratung der Novelle zum Postdampfgesetz — Wegfall der Mittelmeerlinie und der Samoaline und Errichtung einer Dampferverbindung zwischen Singapore und Neu-Guinea

im Interesse der Neu-Guinea-Gesellschaft — nahm am Sonnabend fast die ganze Sitzung des Reichstages ein. Indessen drehte sich die Discussion, an der die Abg. Bamberger, Dr. Barth, Scipio und Graf Hönsbroch Theil nahmen, fast ausschließlich um retrospective Betrachtungen über die Wirkungen der Subventionspolitik, wobei namentlich der großen Leistungen der nicht subventionierten hamburgischen Dampferunternehmungen rühmend gedacht wurde. Staatssekretär v. Stephan vertheidigte das Gesetz von 1887 so gut es eben ging. Im übrigen stand das praktische Ergebnis der Verhandlung von vornherein fest. Dr. Bamberger sowohl als Dr. Barth waren mit der Vorlage einverstanden, auch bezüglich der Gewährung eines Zuschusses von 100 000 Mk. für das Anlaufen der Dampfer an Neapel. Für die Neu-Guinea-Linie sind sie gerade nicht begeistert und empfehlen ein finanzielles Arrangement mit dem Norddeutschen Lloyd, der denn ja auf eigene Faust und ohne den Zwang der Subvention die Neu-Guinea-Linie ins Leben rufen könnte; aber es war zweifellos, dass die Vorlage an diesem Punkte nicht scheitern wird, obgleich nicht gerade sehr geschickt diese Linie als eine unentbehrliche Unterstüzung der Neu-Guinea-Gesellschaft dargestellt wurde, deren Leistungen auf dem Gebiete der Colonisation bisher eine solche Unterstüzung nicht zu rechtfertigen im Stande sind.

Das interessanteste Schauspiel im Verlaufe der Sitzung bot jedenfalls der Staatssekretär von Stephan, indem er am Sonnabend für die Abänderung des Reichspostdampfgesetzes — Bericht auf die Mittelmeer- und die Samoaline — mit dem Argument plauderte, im Jahre 1885 sei die Gründung für die Subventionsvorlage so stark gewesen, dass diese Linien trotz der Bedenken der Regierung beschlossen werden seien. Die Gründung, von der der Herr Staatssekretär spricht, war bekanntlich hervorgerufen durch die Ablehnung der dritten Directorstelle im Auswärtigen Amt, die in Jahr und Tag nicht besetzt wurde. Die Gründung war die eines alten großen Vertrauens in die Sachverständigkeit der Regierung in dienen Fragen und dieses Vertrauen hat sich völlig ungerechtfertigt erwiesen. Abg. Dr. Bamberger nahm denn auch Anlaß, die jüngsten offiziellen Geständnisse den damaligen Verunglimpfungen der Gegner der Subventionspolitik gegenüberzustellen.

Das Referendum über das neue Wahlgesetz in Belgien.

Gestern Vormittag um 9 Uhr hat das Referendum in der Stadt und den Vororten über das in Belgien einzuführende Wahlgesetz unter reger Bezeichnung der Bevölkerung begonnen. Die Abstimmung fand über folgende 5 Anträge statt: 1) das mit vollendetem 21. Lebensjahr zustehende active allgemeine Wahlrecht (Antrag Janssen); 2) das mit vollendetem 25. Lebensjahr zustehende active allgemeine Wahlrecht (Antrag Nothomb); 3) Ausschluss der Unterstützten und derer, welche weder lesen noch schreiben können (Antrag Graux); 4) Abhängigkeit der Wahlberechtigung von dem Inhaben einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5) Ausschluss derjenigen von der Wahlberechtigung, welche keine Volksschulbildung besitzen (Antrag Frère-Orban).

Die Stimmabgabe, welche in Redaktionslokalen, Cafés und anderen öffentlichen Lokalen vorgenommen wurde, vollzog sich in völliger Ruhe und Ordnung; es ist keinerlei Zwischenfall vorgekommen. In den Vorstädten wurde die Abstimmung um 6 Uhr, im Innern der Stadt um 9 Uhr abgeschlossen.

Die conservativen Vereinigungen des Arrondissements Brüssel nahm fast einstimmig eine Tagesordnung an, welche das allgemeine Stimmrecht und die von Graux und Frère-Orban ein-

graphisten beteiligt, welche auf der Station Sierra Leone durch die African Direct Telegraph Company ausgebildet worden sind. Nach der Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichspostamts vom 23. d. M. beträgt die Gebühr für Telegramme aus Deutschland nach Kamerun 10 Mk. 10 Pf. für das Wort; die Beförderung findet über England, die Easternkabel und St. Vincent statt.

Kunst und Wissenschaft.

* Berlin, 28. Februar. Die erste Aufführung von Mascagni's vieracter Oper „Die Ranha“ (welche am Sonnabend im königl. Opernhaus stattfand), hat einen großen Erfolg davongetragen. Nicht weniger als siebzehn Mal wurde Mascagni im Laufe des Abends gerufen und das Publikum kostete und lobte bei seinem Anblick. Eine ruhigere Kritik wird, schreibt die „Dörf. Ztg.“, diesen Grad der Begeisterung nicht ganz erreichen können; in jenen an sich zu hohen Hoffnungen berechtigenden Bestrebungen, italienische Melodik und ursprüngliche Empfindungskraft mit deutscher Harmonik und grübelnder Besinnlichkeit zu vereinen, sind noch viele Auswüchse nach beiden Richtungen hin zu befürchten, wenn etwas ganz Befriedigendes zu Stande kommen soll. Jedensfalls aber hat sich auch in den „Ranha“ die dramatische Fähigkeit Mascagnis und namentlich seine Kraft, das Publikum zu fesseln und zu ergreifen, von neuem bewährt, vielleicht nicht in so durchschlagender Weise wie in der durch ihre gebräunte Gestaltung so überaus eigenartigen und neuen Cavalleria rusticana, aber doch immerhin so bedeutend, dass trotz mancher weniger günstigen Vorberichte von außerhalb her ein solcher Erfolg möglich wäre. Es kann sein, dass die allerdings ausgerechnete Aufführung viel dazu beigetragen hat. Noch kein Sänger hat wahrscheinlich bisher den Johann Ranha zu solcher Geltung gebracht, als Herr Busch dies vermöchte; aber auch die anderen Mitwirkenden gaben in ihren weniger dankbaren Rollen Treffliches

gebrachten Anträge verwirft. Ueber das Ergebnis der Wahl ging uns heute folgende Drahtmeldung zu:

Brüssel, 27. Febr. (W. T.) Das Gesammtresultat des Volksreferendums für Brüssel und Vorstädte ist folgendes: Eingeschriebene Wähler gab es 111 700, davon nahmen an der Abstimmung Theil 60 279, von diesen stimmten für den Antrag Janpon 48 660, für den Antrag Nothomb 7634, für die anderen Anträge 3935.

Milan und Natalie.

Wie man aus Belgrad meldet, wird nach den dort eingetroffenen Nachrichten die Königin-Mutter Natalie sich allein nach Jalta begeben, während der Vater des Königs Milan vorläufig in Frankreich verbleibt. Die Königin-Mutter wird sobald eine Zeit in Rumänien bei der Fürstin Murussi Aufenthalts nehmen. Eine Anzahl von Damen der St. Petersburger Gesellschaft beabsichtigt der Königin-Mutter anlässlich ihrer Ausföhrung mit ihrem Gemahl eine Glückwunschadresse nach Jalta zu übersenden.

Amnestie in Portugal.

Die in dem Programm des neuen portugiesischen Cabinets angekündigte Amnestie für Preisvergehen sowie für Vergehen bei den Wahlen und politische Vergehen ist am Sonnabend erfolgt. Von der Amnestie sind nur die bei dem Pronunciamiento von Oporto am 31. Januar beteiligt gewesenen militärischen Chefs ausgeschlossen.

Die Cortes sind bis zum 15. Mai vertagt worden.

Kampf mit den Arabern im Congostaate.

Bei der Verwaltung des Congostaates gingen die Meldungen ein, daß Major Dhanis am Lomani-Fluß mit Arabern, die von Gefu, dem Sohne Lippo Lippis, geführt wurden, zusammenstoßen sei. Die Araber seien in die Flucht geschlagen, 5 Häuptlinge und 500 Mann gefangen genommen; außerdem seien 600 Flinten erbeutet. Wie ferner gemeldet wird, ist Delcommune mit seinem Geführten wohlbehalten in Leopoldville angekommen.

Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung vom 25. Februar.
Präsident v. Möller eröffnete die Sitzung um 11½ Uhr. Am Ministerialthe: Cultusminister Dr. Bosse, Frhr. v. Berlepsch und mehrere Commissare.

Haus und Tribüne sind schwach besucht.

Die zweite Berathung des Cultusstaats wird fortgesetzt bei dem Capitel Medicinalreformen.

Auf eine Anfrage des Abg. Jerusalem (Centr.) nach dem Stand der Medicinalreform erwidert

Cultusminister Dr. Bosse, daß diese Frage das Schwerpunkt des Cultusministeriums sei. Auch hier heißt es: Am Solde hängt, nach Golde drängt doch alles! (Heiterkeit.) Point d'argent pointe de Suissel sei auch hier die Parole, und die ungünstige Finanzlage wirke auch auf diesem Gebiete hemmend. Im vorigen Jahr habe das Aufstreben der Cholera zur Prüfung der Frage gedrängt, wie weit man mit den jüngsten Organen der Medizin kommen werde. Man habe sie unfreudig gefunden. Das sei in gewissem Grade beschämend, aber dankbar müsse auch anerkannt werden, daß es mit den vorhandenen Mitteln besonders Dank der entgegenkommenden Hilfe der Militärverwaltung gelungen sei, im Preußen die Cholera, wo sie sich zeigte, zu lokalisieren. Richtig sei, daß die Beziehungen der Kreisphysici unzureichend seien, wenn auch manche derselben über eine reiche Privatpraxis verfügen. Die Frage werde man, soweit man die Medicinalbeamten auf ihre bisherige Privatpraxis verweise wolle, Unverkennbar müßten Privatpraxis und öffentliches Amt öfters in Widerstreit kommen. Dauernd könne es so nicht bleiben, und er habe sich daher angesichts der Cholerasage mit dem Finanzminister aufs neue in Verbindung gesetzt und den Erfolg gehabt, daß zunächst genaue Ermittlungen über die materielle Lage der Physici ange stellt worden seien.

Wenn diese Ermittlungen abgeschlossen seien, würden weitere Vorschläge erfolgen, wie die Organisation der Physicale künftig gestaltet werden solle. Leicht sei die Sache nicht, deshalb könne er auch keinen bestimmten Zeitpunkt angeben, sondern nur um Vertrauen bitten.

Der Ernst der Verhältnisse werde unbedingt zur Reform drängen. Schließlich kontrolliert der Minister, daß der Antrag zu den Posten der Medicinalbeamten trotz der geringen Gehälter ein großer sei und daß die jüngsten Medicinalbeamten für ihre hingebende und treue Führung ihrer Amtsge häfte als Anerkennung verdienen. Er hoffe demnächst, dem Hause eine Vorlage über die Sache machen zu können. Jedenfalls werde die Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Abg. Dr. Langerhans (freis.): Es wäre durchaus verfehlt, wenn man den Kreisphysici ihre Privatpraxis nehmen wollte, da sie erst in dieser die nötigen Erfahrungen sammeln zur Ausübung ihres amtlichen Berufs. Wenn auch jetzt die Finanzlage nicht günstig ist für allgemeine Medicinalreform, so könnte doch für die Kreisphysici mehr geschehen als bisher. Man würde die Cholera weit besser bekämpfen können, wenn man den Kreisphysici in ihrem Gehalt und ihrer Kompetenz eine bessere Stellung gäbe. Eine ganze Anzahl von Kreisphysikern besitzt noch gar keine Instrumente zur Untersuchung der Cholerabacillen, und man müßte ihnen ein größeres Einkommen gewähren, damit sie sich Instrumente anschaffen können. Eine allgemeine Medicinalreform würde auf große Schwierigkeiten stoßen, die nicht bloß finanzieller Natur wären. Die große Frage über die Beamtenqualität der Ärzte muß bei einer solchen Reform gelöst werden.

Abg. Brandenburg (Centr.) warnt vor der Gewährung einer allzuprofunden Kompetenz an die Kreisphysiker. Dagegen sei eine Erhöhung der Gehälter wünschenswert.

Damit ist das Ordinarium erledigt. Es folgt der Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Abg. Pleß (Centr.): Obwohl die Handwerker kein Interesse an den Handelskammern haben, werden sie, sobald sie eine bestimmte Gewerbesteuer zahlen, gewünscht, zu den Handelskammern beizutragen, in denen sie keine genügende Vertretung haben. Die Förderung des Handwerks auf Einführung des Befreiungsnachweises, der doch sich ganz von selbst versteht, ist auch noch nicht erfüllt. Die Ärzte müssen ja auch eine sehr schwere Prüfung ablegen, und der Staat geht mit Härte gegen die Kurpfuscher vor. Bei der Gewerbefreiheit, die den Kampf aller gegen alle bedeutet, muß das Handwerk in organische Körperschaften zusammengeschafft werden, in die aber nicht die kleinen Handelsleute gewählt werden dürfen.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Ich bin nicht in der Lage, wesentlich Neues über die Handwerkerfrage hier zu äußern. Wenn wir Handwerkerkammern schaffen, so werden wir nur das Handwerk, nicht aber den Kleinhandel berücksichtigen.

Abg. Graf Strachwitz (Centr.): Die Handelskammer von Oppeln hat darauf hingewiesen, daß die Fortbildung der Handelslehringe durchaus ungenügend ist, und betont die Notwendigkeit der kaufmännischen Fortbildung. Ich bitte den Minister um einen Zuschluß zu den Fortbildungsschulen in Oppeln.

Minister v. Berlepsch: Die Neigung besteht bei uns, die Fortbildungsschulen zu unterstützen. Die Verwaltung ist aber durch die Finanzlage beschränkt.

Abg. Bickert: Wie der Abg. Pleß haben auch wir Interesse für die Förderung des Handwerks; aber es

kommt nicht darauf an zu klagen, sondern praktische, durchführbare und wirkliche Vorschläge zu machen. Mit dem Wunsch nach Handwerkerkammern, die die Handwerker, wenn sie wollen, haben mögen, ist's nicht gethan. Aber man gebe uns doch erst ein klares Bild ihrer Befugnisse. Der Parteigenosse des Abg. Pleß im Reichstage verlangte, daß die Handwerkerkammern so gebildet werden müßten, daß die Innungen in ihrer Tätigkeit und Bedeutung nach keiner Richtung hin geschwächt würden. Ja, wie will man das machen? Das mag der Abg. Pleß erst zeigen. In allen praktisch wirksamen Vorschlägen werden wir gern mit dem Abg. Pleß zusammenhängen, denn auch wir wünschen die Förderung des Handwerks und wenn wir auch anerkennen, daß es eine schwere Zeit durchzumachen hat, so glauben wir doch nicht, daß es dem Untergange geweiht ist. Das Handwerk hat noch so viel Existenzkraft, daß seine Zukunft gesichert ist. Man erhofft nur nicht von der Staatshilfe und den Gesetzen soviel. Damit allein werde man ebenso wenig dem Handwerk wie der Landwirtschaft helfen. (Bravo!)

Auf eine Anfrage des

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) über die Verwendung der für Remunerationen an die Vorsitzenden der Gewerbeschiedsgerichte ausgeworfenen Summe von 223 000 Mk. erwidert

Unterstaatssekretär Lohmann: Die Summe wird noch nicht voll verausgabt. Die Grundsätze, nach denen die Remunerationen vertheilt werden, sind noch nicht abgeschlossen. Es wird zunächst nur nach vorläufigen Grundsatzen verfahren, dagegen, daß die Remunerationen nach dem Maße der Bemühungen der betreffenden Herren sich richten.

Abg. v. Schenkendorff (nat.-lib.): Der staatliche Ju schule zu den Fachschulen ist der weitaus zu gering. Die Denkschriften über diesen Gegenstand weisen nach, wie sich das Fachschulwesen in Preußen nicht entwickelt hat. Preußen befindet sich in Bezug auf die Lehrergehälter, auf die einheitliche Beaufsichtigung des gewerblichen Fortbildungswesens auf einer sehr niedrigen Stufe. Das liegt daran, daß die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Minister v. Berlepsch: Die Verwaltung befindet sich diesen Müßständen gegenüber in einer verzweifelten Lage. Auch das kaufmännische Fortbildungswesen bedarf wie das gewerbliche einer erhöhten Fürsorge; denn die technische Fähigkeit unserer Kaufleute, im Auslande kaufmännische Beziehungen anzuknüpfen, muß vermehrt werden. Ich erkenne auch die Notwendigkeit einer vermehrten Aufsicht an. So lange wir jedoch finanziell gebunden sind, müssen wir auf die Kreisschulinspektionen, die sich ja rechtlich Nähe geben, rekurrieren.

Wir müssen aber auch die Lehrergehälter erhöhen, denn wir sind jetzt leider nicht in der Lage, die erforderlichen Kräfte zu gewinnen. Das ist nur möglich, wenn wir z. B. den zu Lehrern zu wählenden Baumeistern ein Aequivalent geben können. Das Fachschulwesen zu fördern ist eine hohe staatliche Aufgabe.

Wir können ein gräßeres Abhängigkeitsgefühl für die Industrieartikel nur gewinnen, wenn wir die technischen Fähigkeiten der Arbeiter steigern. Wir bemerken unter den jugendlichen Arbeitern eine immer mehr um sich greifende Verrohung. Wir können dem nur entgegentreten, wenn wir die Arbeiter mehrere Stunden täglich zu ernster geistiger Thätigkeit anhalten. (Gehirrig!) Ich hoffe, wir werden im nächsten Jahre in einer günstigeren Lage sein. (Beifall.)

Gegenüber dem Abg. Jürgensen (nat.-lib.), der Gehaltsausforderung der Lehrer an den Navigationschulen verlangt, und dem Abg. Wallbrecht (nat.-lib.) der Vermehrung der Baugewerkschulen wünscht, betont Minister v. Berlepsch, daß er beide Forderungen gern erfüllen wolle, sobald ihm die nötigen Mittel zur Verfügung ständen.

Beim Kapitel „Königliche Porzellanmanufaktur“ spricht Abg. Lucius (Erfurt) seine große Befriedigung aus über die für die Chicagoer Weltausstellung bestimmten Arbeiten der Porzellan-Manufaktur.

Minister Frhr. v. Berlepsch spricht der Leitung des Instituts wie auch der Zuverlässigkeit der Arbeiter seine volle Anerkennung aus und fordert zur Bestätigung der für Chicago bestimmten Ausstellung auf.

Das Kapitel wird bewilligt, desgleichen der Rest des Etats.

Schluss 21/4 Uhr.

Deutschland.

B. Berlin, 26. Febr. Heute Vormittag 11 Uhr fand die feierliche Einweihung der im Nord-Osten Berlins neu erbauten Gethsemane-Kirche statt, zu welcher der Kaiser und die Kaiserin nebst zahlreichem Hoflager erschienen waren. Besonders die Rückfahrt der höchsten Herrschaften von der Feierlichkeit, gegen 12½ Uhr, die sich im offenen vierpännigen Galawayan, eskortirt von zwei Schwadronen Gardesdragoonern, bei prächtigstem Wetter vollzog, gestaltete sich äußerst glänzend, da in den Straßen, welche der Zug passirte, die Bevölkerung Kopf an Kopf gedrängt stand. Die Kirche selbst ist im romanischen Stil von dem Baumeister Orth, der auch die Pläne zu anderen neueren Kirchen Berlins entworfen, erbaut und mit einem 68 Meter hohen Thurm geziert. Die Kirche füllt gegen 1600 Menschen; die neue Gemeinde besteht aus 25 000 Menschen. Die Gesamtbaustoffen dieses neuen Gotteshauses betragen 460 000 Mk., von denen bereits 200 000 Mk. im Jahre 1887 unter Kaiser Wilhelm I. bewilligt waren; die Grundsteinlegung erfolgte im Frühjahr 1890 durch den Kaiser.

* Berlin, 26. Februar. Der Landtag der Provinz Brandenburg wurde heute Mittag von dem Oberpräsidenten Staatsminister Dr. v. Achenbach mit einer Ansprache eröffnet, in welcher die von dem Landtage zu erledigenden Aufgaben dargelegt wurden. Zum Vorsitzenden wurde mit 74 von 92 abgegebenen Stimmen der bisherige Vorsitzende, Landrat von Bornstedt, wieder gewählt. Landrat v. Bornstedt nahm die Wahl an und eröffnete die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser. Die übrigen Mitglieder des Präsidiums wurden per Acclamation wieder gewählt.

* [Der Kaiser und die Freimaurer.] Der Kaiser ist dem Freimaurer-Orden, welchem sein Vater und Großvater angehörten, zwar selbst nicht beigetreten; aber seines Wohlwollens entbehren die Freimaurer darum nicht. Bei dem jüngsten Besuch des Prinzen Leopold in der Loge Friederich Wilhelm zur Morgenröthe konnte der Landes-Großmeister Jöllner hervorheben, daß der Kaiser die directe Veranlassung zum Eintritt des Prinzen in den Freimaurerbund gewesen sei.

* [Das Geburtstagsgeschenk des Kaisers für den Reichskanzler] ist, wie schon erwähnt, ein kostbarer Ehrendegen. Die Klinge trägt in Goldbuchstaben die Widmung des Gebers; die kaiserliche und die Grafenkrone sind als Embleme am Griff angebracht. Unter einem Reliefsmedaillon, das die wohlgetroffenen Jüge des Kaisers wieder gibt, befinden sich die Zeilen: „Alle Zeit treu bereit für des Reiches Herrlichkeit.“

* [Regierungs-Jubiläum des Großherzogs von Oldenburg.] Ein deutscher Bundesfürst, der zu den bewährtesten Anhängern des neuen Reiches zählt, vollendet heute am 27. Februar das vierzigste Jahr seiner Regierung: Großherzog Peter von Oldenburg, 1827, am 8. Juli geboren, lag der damalige Erbgrößherzog mit Eifer den Universitätsstudien in Leipzig ob – gleichzeitig mit dem damaligen Erbprinzen, jüngsten Herzoge Ernst von Sachsen-Altenburg –, als ihn die Aufruhrungen der Kämpfe von 1848 in sein Land zurückriefen. Er hat

dann in Gemeinschaft mit seinem Vater, dem besten absoluten Herrscher des Großherzogthums, ein gedeihliches Versöhnungsleben in Oldenburg begründen helfen und ist auch als Großherzog, der 1853 jenem folgte, dem konstitutionellen Regiment stets ruhigstes treu geblieben, wie er nicht minder seit der Zeit, wo es für die deutschen Fürsten galt, Farbe zu bekennen, immer ein ergebener Freund Preußens und der nationalen Politik gewesen ist. Großherzog Peter ist, was die Dauer seiner Regierung anlangt, nun schon an vierter Stelle von oben; ihm voraus an Herrscherjahren gehen nur noch der Herzog von Coburg, der Fürst von Waldeck, der Großherzog von Baden – ihm zunächst folgt der Großherzog von Weimar. Die Zukunft seines Hauses steht nur auf vier Augen. Sein einziger Bruder (Halbbruder), aus des Vaters dritter Ehe, währender allein der zweiten Ehe entstammt und in der ersten nur zwei Töchter geboren wurden, Herzog Elmar von Oldenburg ist eine morganatische Verbindung eingegangen, ebenso wie die eine Schwester, die verstorbene Baronin Washington – die andere Schwester, Königin Amalie von Griechenland, starb kinderlos. Großherzog Peter selbst aber hat aus der Ehe mit Prinzessin Elisabeth von Sachsen-Altenburg nur zwei Söhne, deren jüngerer, der jetzt im 28. Jahre stehende Herzog Georg Ludwig keine Familie begünen darf, während der Erbgrößherzog August aus seiner Verbindung mit Prinzessin Elisabeth von Preußen (der älteren Schwester Prinz Friedrich Leopolds) nur eine Tochter am Leben hat, die zur Zeit 14-jährige Herzogin Sophie.

* [In der letzten Sitzung der Militärcommission] legte Staatssekretär v. Malhahn Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß in den hürslich abgegebenen Erklärungen des Directors Altenborn über die Mehreinnahmen in den nächsten fünf Jahren ein Vorstoß gegen die Frankensteinsche Clause gelegen habe, d. h. gegen die Bestimmung, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen und den Verbrauchssteuern über die Summe von 180 Mill. Mk. hinaus in die Kassen der Einzelstaaten fließen sollen.

* [Die polnischen Agrarier] haben sich bekanntlich dem „Bunde der Landwirthe“, welcher in der großen Agrarier-Versammlung zu Berlin am 18. d. Ms. gebildet wurde, nicht angeschlossen. In der Festschrift eines polnischen Landwirths an den „Dziennik Poznań“ wird nun mit Rücksicht darauf, daß bei polnischen und deutschen Landwirthen die landwirtschaftlichen Interessen die gleichen seien, der Vorschlag gemacht: in der bevorstehenden Generalversammlung des polnischen landwirtschaftlichen Centralvereins für das Großherzogthum Posen, welcher auch polnische Delegirte aus Westpreußen beinhaltet, die Frage zu erörtern, in welcher Weise diese gleichartigen Interessen zu vertreten seien; es würde sich vielleicht empfehlen, zu diesem Behufe eine engere Commission zu bilden.

* [Über das Testament Gerson von Bleichröders] erfahren wir Folgendes: Das Vermögen zerfällt in vier gleiche Theile mit der Bestimmung, daß nur der Anteil der Tochter Frau von Biedermann ausgezahlt werden soll. Die drei übrigen Theile sollen als Geschäfts-Capital in der Firma G. Bleichröder verbleiben, und es wird zu den bisherigen Inhabern, dem Geheimen Commerzienrat Schwabach und den Söhnen Hans und Georg v. Bleichröder, auch der jüngste Sohn, bisher Landwirth, James v. Bleichröder, hinzutreten. In dem Testamente sind eine Reihe Theile Legate ausgelegt und eine weitere Anzahl liegt ausgezehrt, aber noch nicht unterzeichnet vor. Es heißt jedoch, daß die Erben bereits die Erklärung abgegeben haben, auch diese vorbereiteten Legats-Bestimmungen im Sinne des Verstorbenen als gültig anzusehen und zur Vertheilung bringen lassen zu wollen. Als Testaments-Executoren figuriren der Bruder des Verstorbenen Julius Bleichröder, Commerzienrat Schwabach und Hans v. Bleichröder. Das Vermögen wird auf gegen 60 Millionen Mark, zu denen noch der Werth der Liegenschaften hinzutritt, fixirt.

* [Staatslotterie und Abzahlungsgeschäft.] Im Wege des Abzahlungsgeschäfts soll, wie gemeldet, nach einem Besluß der Commission des Reichstags in Zukunft der Verkauf von Lotterie-losen und Inhaberpapieren mit Prämien mit einer Geldstrafe bis zu 500 Mark verboten werden. Da vier Fünftel der Losse der preußischen Staatslotterie auf dem Wege des Abzahlungsgeschäfts an den Mann gebracht werden, so darf man gespannt sein, welche Stellung der Finanzminister Dr. Miquel zu diesem auf Antrag des Centrumsabgeordneten Spahn gefassten Besluß aufnehmen wird.

* [Rohseifenproduktion.] Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohseifenproduktion des deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Januar 1893 auf 373 641 Tonnen; darunter Puddelrohseifen und Spiegelrohseifen 121 112 To., Bessemerrohseifen 27 048 To., Thomastrohseifen 159 009 To. und Giehelerrohseifen 55 473 To. Die Produktion im Januar 1892 betrug 408 375 Tonnen, im Dezember 1892 391 353 Tonnen.

Posen, 26. Febr. Der 28. Provinzial-Landtag wurde heute von dem Oberpräsidenten v. Wilmowitz-Möllendorff eröffnet. Unter den angekündigten Vorlagen befinden sich: Revision der Gebäudesteuer; Erwerbung des ehemaligen Gebäudes der General-Commandantur durch die Provinz zu Kunst- und wissenschaftlichen Zwecken; Beitrag zur Eindeichung der Warthe in Polen; Stellungnahme zum Bau von Kleinbahnen. Der Landtagsmarschall, Frhr. v. Unruhe-Bornstorf schloß seine Erwiderung auf die Eröffnungsrede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser. Vor der Eröffnung des Landtags fand

Deutschland-Ungarn.

Pest, 25. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung teilte der Ackerminister mit, es sei ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch welchen einigen Hundert weniger vermögenden Leuten durch Pachtung kleinerer Staatsgüter ein Lebenserwerb gesichert und auf diese Weise eine Ackerbau treibende Mittelklasse geschaffen werde. Hierzu würde insbesondere auch der Grundbesitz der höheren Geistlichkeit verwendet werden, welche dem Gesetzentwurf prinzipiell zugestimmt habe. Eine große sozial-politische Frage werde damit für Ungarn gelöst. Die Regierung werde außerdem ein Colonisationsgesetz einbringen, durch welches sie ermächtigt wird, kleinere Güter anzu kaufen und dieselben gegen Ratenzahlungen an Ansiedler zu überlassen.

(W. T.)

Frankreich.

Paris, 25. Februar. [Deputirtenkammer.] Bei

im übrigen wird nur per Rahn übergesetzt. Auf dem linken Weichselufer wurde heute die Wartehalle an der Fährstelle von R. Altitz aus einander genommen und vor dem Eisgang in Sicherheit gebracht; mit der Fährbude dagegen ist dies schon früher geschehen.

Aus Marienburg meldet man uns von gestern Abend: Das Nogatels ist bereits uferlos geworden, auch bilden sich an den Buhnenköpfen Löcher, das Eis steht aber noch. Wasserstand 2,90 Meter am Pegel.

Nach einer uns Nachmittags 3½ Uhr zugegangenen Nachricht ist heute Nachmittags bei Penzau unterhalb Thorn der Eisaufruch erfolgt. Gleichzeitig haben sich die Stopfungen bei Kurzebrach-Johannisdorf und bei Pieckel-Montau gelöst und es herrschte fast in der ganzen ungetheilten preußischen Weichsel voller Eisgang.

[Dampfer-Verkehr.] In Neufahrwasser vollzog sich gestern wieder einmal das jetzt leider so seltene Ereignis des Einlaufs eines Schiffes. Der nach Libau bestimmte, seit mehreren Wochen mit den Eismassen kämpfende Dampfer „Agnes“ aus Hamburg, zuletzt von Warnemünde kommend, lief für Rothasen dort ein.

Aus Libau wird telegraphisch gemeldet, daß der am Donnerstag von Warnemünde ausgelaufene dänische Dampfer „Fredensborg“ heute in Libau pünktlich eingelaufen ist.

* [Die Besichtigungen der Rekruten] bei den hiesigen Infanterie-Regimentern finden zur Zeit statt, und zwar hat das Regiment 128 bereits Ende vergangener Woche, das Grenadier-Regiment Nr. 5 heute damit begonnen. Der heutigen Vorstellung auf dem Wiesenplatz (im Exercire) wohnten u. a. auch der Herr Divisionscommandeur und der Herr Commandant bei.

* [Unfälle.] Der Knabe Otto D. aus Neuschottland wurde in Langfuhr von einem Pferdebahnwagen überfahren, wodurch er einen linksseitigen Unterherschenbruch erlitt. Der Tischler Johann C., Drehergasse 8 wohnhaft, stürzte beim Nachhousekommen von der zu seiner Wohnung führenden Treppe und erlitt eine Ausrenkung der linken Schulter und Verstauchung des linken Beines. Beide Verleute fanden Aufnahme im Stadt-Spital in der Sandgrube.

-h [Danziger Lehrerverein.] In der Monatsitzung am Sonnabend im Saale des Bildungsvereinshauses entwarf der Schriftführer Herr Lehrer Paetz zum Gedächtniß Friedrich Harkorts ein Lebensbild dieses westfälischen Bürgers, der ein unentwegter Kämpfer gewesen in der großen Frage nationaler Volksbildung und Volkerziehung, dessen Wollen und Wirken sich in den Worten seiner Prophöre offenbarte: „Der Verfasser ist weder Gelehrter, Lehrer noch Staatsdiener, sondern ein in industriellen Unternehmungen ergrauter Gewerbsmann; doch sind ihm die Zeichen der Zeit nicht fremd geblieben, und unter allen Volksbürgern hat er gebiegenden Unterricht als das höchste anerkannt... Unumwunden haben wir die Überzeugung ausgesprochen, daß die Volkschule eine der wichtigsten Nationalangelegenheiten sei, deren gegenwärtiger Stand eine durchgreifende Verbesserung erfordert.... Wir schließen in dem Gefühl, für eine große Sache zu fechten, und wenn wir auch den letzten Atem zusammenraffen müssten, immer gäbe dem Ruf: „Es muß besser werden mit der Volkschule und der Lehrerrei.“ Redner schilderte die selbstlose Unermüdlichkeit, mit welcher dieser Mann 20 Jahre lang im Parlament für diese seine Herzenssache gesprochen und gemacht — ein echter Tribun der Volkschule, den die Theilnahmlosigkeit der Regierungsfactoren noch 1850 zu dem Klageruf nötigte: „Ich bedaure, daß Sie mich, einen alten Mann von 65 Jahren, allein stehen lassen, um die Interessen der Jugend zu vertheidigen.“ Der Vortragende schloß mit der Mahnung: „Jede Lehrerbrust aber bewahre das schriftschriftvolle Wort des bescheidenen Kämpfen: „Nur die Hoffnung bleibt mir, daß die Lehrer vielleicht meiner noch gedachten werden.“ — Hierauf wurde nach längerer Debatte ein Antrag auf Beitragserhöhung für das Staatsschuljahr 1893/94 von der Versammlung angenommen.

* [Bürger-Tribünum.] Wie wir bereits mitgetheilt haben, begeht heute Herr Kaufmann Gustav Lüdtke sein fünfzigjähriges Bürgerjubiläum. Der Magistrat hat den Jubilar durch eine Deputation, bestehend aus den Herren Bürgermeister Hagemann und den Stadtrathen Ahnert, Robenacher und Wendl, beglückswünschen lassen.

* [Stadttheater.] Die gestrige fünfte Aufführung von Sudermanns „Heimat“ war derartig besucht, daß viele Theaterbesucher, ohne einen Platz erhalten zu können, umkehren mussten, darunter auch viele von außerhalb. Die Direction ist dadurch und durch die vielen an sie gerichteten Wünsche und Anfragen veranlaßt worden, das Schauspiel am Donnerstag im Abonnement zu wiederholen. Die für Donnerstag festgesetzte erste Aufführung von Weinbergers Operette „die Usanen“ ist nunmehr auf Sonntag verschoben.

* [Westpreußischer Zweigverein deutscher Müller.] In den oberen Räumen des Schülenshauses fand heute Vormittag anlässlich des 25-jährigen Gründungstages des westpreußischen Zweigverbandes deutscher Müller eine Festversammlung statt, die einen recht interessanten Verlauf nahm. Aus allen Theilen der Provinz waren die Verbandsmitglieder herbeigeeilt, um an diesem Feste Theil zu nehmen. Aus Berlin war der Vorsitzende des Hauptverbandes Herr J. J. van der Wijngaert erschienen. Der Vorsitzende des Zweig-Verbandes Herr August Werner-Straßlin hielt die Erschienenen willkommen und gab einen Bericht über die Entstehung und Thätigkeit des Verbandes. Der Gründer desselben war der Mühlendameister Preuß, am 9. Dezember 1867 fand in Pr. Stargard die erste Versammlung statt. Am 27. Februar 1868 wurde die erste ordentliche Versammlung abgehalten. Erste Schritte des Verbandes waren die Regelung des Feuerversicherungswesens und des Mahllohnes und die Anregung der Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer. Preuß führte den Vorstoß bis 1871. Die beiden späteren Jahre Herr Franzius-Karlikau, von da bis 1880 Herr Jasse. 1892 endlich gingen Petitionen an den Regierungspräsidenten, an den Oberpräsidenten und den Minister über die Regelung der Sonntagsruhe im Müllerhandwerk ab, die bis jetzt freilich ohne Erfolg geblieben sind. Auch erfolgte die Bildung einer Genossenschaft zum gemeinsamen Mühlenkauf. Redner bat am Ende seines Berichts den Gemeinsinn zu pflegen und so den Verband zu stärken. Der Vorsitzende des Hauperverbandes berichtet sodann in längerer Rede über allgemeine Verbandsangelegenheiten, so z. B. die Regelung der Sonntagsruhe, worüber sich eine längere Debatte entspann. Schließlich wurde der Vorschlag aus der Versammlung angenommen, daß die Windmühler und diejenigen Wassermüller, die nicht ihre Wasserkraft aufstauen lassen können, den Betrieb unbefindt in hergebrachter Weise am Sonntag beibehalten dürfen. Nach Erledigung einiger sachlichen Angelegenheiten sprach Herr Alatt-Bückermühle über die Aufhebung des Identitätsnachweises, gegen den der Redner sich im Interesse des Müllerhandwerkes erklärte. Unsere westpreußischen Mühlen würden im Hinblick auf den Differentialzoll die Concurrent mit den ausländischen Mühlen nicht ertragen können. Das Grundstück sei der Differentialzoll, durch den bei Aufhebung des Identitätsnachweises eine noch größere Concurrent geschaffen werden würde. Die Ansichten des Referenten, denen andere Redner beitraten, wurden von der Versammlung bestätigt. Den Verhandlungen folgte Nachmittags ein Festmahl unter Beihilfe der Familien im Schülenshause.

K. Thorn, 26. Februar. Am 7. Mai d. J. findet die Jubelfeier aus Anlaß der vor hundert Jahren erfolgten Einverleibung Thorns in den preußischen Staat statt. Geplant wird ein Festzug, Festrede und Volksfest. An die Innungen, Vereine u. s. w. sind bereits vom Magistrat Einladungen zur Theilnahme ergangen.

* Der Amtsrichter Helle in Neustettin ist zum 1. April als Landrichter an das Landgericht zu Cottbus, der Ober-Polizeiprätor Malbrand in Neustettin in gleicher Dienstegenschaft nach Berlin versetzt, der Regierungs-Baumeister Gaeling ist der Regierung in

Leiche wurde erst nach längerem Suchen im Gebüsch vorgefunden.

* [Feuer.] Heute früh 8½ Uhr entstand Fleischergasse 37 dadurch ein kleines Feuer, daß im Keller einer Partie Holzhäuser in Brand gerieten war. Das Feuer wurde durch Hinausschaffen der brennenden Theile und einsches Ausgießen gelöscht.

[Polizeibericht vom 26.-27. Februar.] Verhaftet: 30 Personen, darunter 1 Sellner wegen Bechprellerei, 1 Tischler wegen Diebstahls, 1 Fleischer wegen Widerstands, 22 Obdachlose, 2 Bettler, 1 Betrunkenen. — Gefohlen: Ein Sparkassenbuch über 800 Mk. — Verloren: 1 Kettenarmband, 1 Beutelpotemonnaie mit 11 Mk.; abgegeben im Fundureau der königl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

3. Pr. Stargard, 26. Februar. Interessenten aus Neuenburg, Skurz und Pr. Stargard trafen gestern hier zu einer Berathung zusammen, deren Ergebnis die Absaffung einer Petition an den Eisenbahminister bildete, welche den Bau einer Secundärbahn befürworten soll, welche die Orte Schoneck, Pr. Stargard, Hardenberg und Neuenburg verbinden, die von ihr durchdringten Gebiete dem Verkehr erschließen und gleichzeitig eine Verbindung mit der Weichsel herstellen würde. Wie hierbei verlautete, soll der Eisenbahminister dem Ausbau dieser Linie wohlwollend gegenüberstehen. — Über die nunmehr fest beschlossene Errichtung der neuen Provinzial-Brücke anstatt der provisorischen großen Brücke besteht in den Kreisen der zunächst daran Beteiligten große Verpredigung. Ob eine Vermehrung des geistigen Lebens dadurch herbeigeführt werden wird, bleibt wohl abzuwarten, jedenfalls steht unserer Bauhandwerkern für die nächste Zukunft wenigstens ein vermehrter Verdienst in Aussicht, den man ihnen von Herzen gönnen kann, da unsere Stadt nicht gerade zu den besonders glänzend gesetzten Städten der Provinz gehört. — Auch durch die hierherverlegung des Landgestüts wird mancher Verkehr in unsern Städten kommen, wenn auch die zu diesem Zwecke nötig gewordene Abholzung eines großen Theiles des benachbarten Spengawsker Waldes den Naturfreund betrüben muß.

— Der in diesem Winter besonders groß gewesenen Zahl von Veranstaltungen zu wohltätigem Zwecke schloß sich heute der hiesige Gesangverein für gemischten Chor an, indem er in der dazu freundlich zur Verfügung gestellten Aula des Gymnasiums ein Koncert veranstaltete zum Besten der beiden hier bestehenden Krankenpflegevereine. Der erste Theil bestand in einem Klaviervortrage, zwei Lieder für Sopran und dem Schubertschen „Ave Maria“ für Violin und Clavier. Den zweiten Theil bildete das Oratorium „Christophorus“ von Joseph Rheinberger, dessen Einübung dem Vereine nicht wenig Mühe verursacht hatte. Besonders anzurechnen ist es, daß die Befestigung der darin vorkommenden Solopartien durch hiesige Sangeskräfte sich ermöglichen lassen. Die ganze Aufführung kann als eine vorzüglich gelungene bezeichnet werden. Die Reineinnahme betrug über 100 Mk.

□ Elbing, 26. Febr. Heute stand hier der erste socialistische Parteitag für West- und Ostpreußen statt. Die Zahl der anwesenden hiesigen Parteiengenossen betrug kaum 30, 15 bis 20 Delegirte waren aus Danzig, Marienburg, Dirschau, Thorn, Bromberg etc. erschienen. Eine Anzahl Zuhörer, darunter viele Frauen, wohnten den Verhandlungen bei. Aus Ostpreußen hatte sich auch nicht ein einziger Delegirter eingefunden, weshalb der Parteitag nur als ein westpreußischer bezeichnet werden dürfte. Mr. Fichtmann von hier erstattete den Situationsbericht. Nach dessen Ausführungen hat gerade in unserer Provinz die Partei mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen. Nach einer Rede des Herrn Jochem-Danzig über die Partei-Organisation und -Taktik beschloß der Parteitag, an den Parteidorfstand das Gesetz zu richten, die genügenden Mittel für eine derartige Agitation zu bewilligen, die die bisherigen Mittel für diese Zwecke ganz unzureichend gewesen sind. Bei den Berathungen über die etwaige Herausgabe einer Zeitung wurde besoffen, daß dieses Agitationsmittel zwar nothwendig, aber schwierig sei. In Königsberg wurde bereits vor einiger Zeit ein Versuch gemacht, die Zeitung muß jedoch nach einjährigem Bestehen wieder eingehen. Es wurde bedauert, daß sozialistische Zeitungen sehr wenig gelesen werden. U. a. wurde der Vorschlag gemacht, ein Gesetz zu erstreben, welches politischen Zeitungen die Aufnahme von Annonen verbietet. Interessant ist die Mittheilung, daß im Laufe des letzten Jahres nicht weniger als 65 000 Mark zur Unterstützung der Partei-Presse verwandt worden sind. Schließlich wurde ein Vorschlag des Parteivorstandes zum Beschluss erhoben, welcher dahin geht, ein wöchentlich dreimal erscheinendes Blatt in Verbindung mit dem in Berlin erscheinenden Teltow-Beeskower Volksblatt für unsere Provinz in Danzig herauszugeben. Ferner wurde beschlossen, eine neue Agitations-Commission für Westpreußen einzusetzen. Dieselbe soll aus 3 Mitgliedern bestehen und durch die Danziger Genossen gewählt werden. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Candidatenfrage. Es wird nicht mehr für zweckmäßig erachtet, für sämtliche 13 ost- und 13 westpreußische Reichstagswahlkreise je einen Kandidaten aufzustellen. Durch eine größere Anzahl von Candidaten, etwa 5-6 in jeder Provinz, dürfte die Agitation kräftiger unterstützen werden.

— Der sozialdemokratische Verein der Ost- und Westpreußen in Berlin hatte beschlossen, von der Bezeichnung des Elbinger Parteitages Abstand zu nehmen, jedoch ein Glückwunschtelegramm und folgende Resolution abgesandt: „Die Versammlung stellt an den Parteitag der Sozialdemokratie für Ost- und Westpreußen das Erfuchen, daß Sorge zu tragen, daß jährlich ein bis zweimal eine Flugblattverteilung in beiden Provinzen stattfinde und zwar in ausgedehntester Weise in den kleinen Städten, in denen die Gründung von Organisationen noch nicht möglich ist.“

Graudenz, 26. Februar. In der letzten Sitzung der preußischen Stadtoberordneten-Versammlung wurde auf Verlangen der Regierung eine neue Regulierung der Lehrer- und Lehrerinnen-Gehälter der hiesigen Mädchenschulen vorgenommen, welche für die höhere Mädchenschule einen Mehraufwand von 4000 Mk. für die Mädchens-Mittelschule von 2700 Mk. jährlich erfordert. Zur Deckung dieses Mehraufwandes wurde eine Erhöhung des Schulgelbes beschlossen.

K. Thorn, 26. Februar. Am 7. Mai d. J. findet die Jubelfeier aus Anlaß der vor hundert Jahren erfolgten Einverleibung Thorns in den preußischen Staat statt. Geplant wird ein Festzug, Festrede und Volksfest. An die Innungen, Vereine u. s. w. sind bereits vom Magistrat Einladungen zur Theilnahme ergangen.

* Der Amtsrichter Helle in Neustettin ist zum 1. April als Landrichter an das Landgericht zu Cottbus, der Ober-Polizeiprätor Malbrand in Neustettin in gleicher Dienstegenschaft nach Berlin versetzt, der Regierungs-Baumeister Gaeling ist der Regierung in

Röslin behufs Beschäftigung im Hochbau als Hilfsarbeiter überwiesen.

p. Aus Ostpreußen, 26. Februar. Die am 16. b. M. in Ostburg tagende Verfassung ostpreußischer Landwirthe hatte in ihrer gegen den Abschluß eines russischen Handelsvertrages gerichteten Resolution auch gegen die Militärvorlage Stellung genommen. Das hat nun einen ostpreußischen Agrarier stark beunruhigt, und er sucht deshalb in einem langen Artikel im „Ostpr. Tagebl.“ den Nachweis zu führen, daß eine Bekämpfung der Militärvorlage nicht im Interesse der Landwirthe liege, ja die Nichtannahme derselben gerade unserer Provinz die schwersten Nachtheile bringen würde. Von den „großen Gesichtspunkten“, die der Verfasser nun zu Gunsten der Vorlage ins Treffen führt, seien hier einige angeführt. „Wäre die Westgrenze so von Militär entblößt, wie es bei uns der Fall ist, so würden die dort angrenzenden Provinzen wie ein Mann aufstehen und die Verstärkung des Heeres befürworten. Wir blöde Ostpreußen aber, sollten wir in halter Ruhe erst abwarten, bis uns die Russen auf dem Rücken sitzen, bis er uns die Gebäude über dem Kopf anziehen, unsere Frauen und Kinder mishandeln und unser Hab und Gut vernichten?“ Nach diesem sehr wirkungsvollen Passus heißt es weiter: „Die Militärvorlage wird hauptsächlich von den freisinnigen und sozialdemokratischen Vertretern der Binnenprovinzen im Reichstage aufs härteste bekämpft. Und weshalb? Weil diese Provinzen von der Vermehrung des Militärs das Wenigste haben.“ Der materielle Vorteil, der Ostpreußen durch Annahme der Vorlage erwachsen würde, wird durch folgende Stelle des Verfassers ins rechte Licht gerückt: „Wenn die Vorlage durchgeht, so würde jedenfalls ein großer Theil des Militärs in unserer Provinz untergebracht werden.“

Bermischtes.

* [Ein kalligraphisches Kunststück.] Aus Freiburg i. B. wird berichtet: Ein seltsames kalligraphisches Kunststück hat ein Mitglied des hiesigen Stadttheaters für die Weltausstellung in Chicago fertig gebracht. Auf eine Postkarte hat er nicht weniger als 21 Musikstücke geschrieben. Den Anfang bilden 17 Nationalen für Harmoniemusik, darunter sechs 18-24-stimmig, dann kommen 4 Säye für Streichorchester, darunter das Wagner'sche „Idyll“ und der ägyptische Chor aus Mühls „Joseph und seine Brüder“. Derselbe Künstler hatte vor letzten Musik- und Theaterausstellung in Wien eine ähnliche Postkarte mit Musikstücken eingesandt.

* Aus Katerinoslaw wird berichtet, daß jüngst bei der Überfahrt einer Bauernhochzeitsgesellschaft über den Dnepr 2 Schlitten durch das Eis gebrochen sind, wobei die Insassen des einen Schlittens — über 10 Personen — ertranken.

* [Ein Methusalem.] Im sibirischen Bezirk Tomsk lebt gegenwärtig, wie Moskauer Zeitungen berichten, ein Bauer, welcher vor 75 Jahren von seinem Gutsbesitzer nach Sibirien verschickt ist. Derselbe hat gegenwärtig ein Alter von 130 Jahren erreicht, sieht aber wie ein Mensch von 70 bis 80 Jahren aus. Er verfügt noch über ein vorzügliches Gedächtniß und erinnert sich deutlich längstvergangener Ereignisse seines Lebens.

* [Ein Pistolenduell] hat am Freitag in der Hasenheide bei Berlin hinter den Militär-Schießständen stattgefunden. Der Knall eines Schusses war gehört worden, und man sah auch, wie ein Verwundeter nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt wurde. Dies ist der Lieutenant a. d. Graf Nayhaß, der einen Schuß in den Unterleib erhalten hat. Die Verwundung scheint jedoch keine lebensgefährlich zu sein, denn Graf Nayhaß befindet sich verhältnismäßig gut. Über die Veranlassung zu dem Zweikampf ist bisher ebenso wenig bekannt geworden, wie über den Gegner.

AC. New-York, 24. Febr. Das ungewöhnlich kalte Wetter hält an. Das beständige Schneetreiben läßt den Verkehr immer mehr. Die Schneeflächen stehen im Schnee und seit 4 Tagen sind die Eisenbahnwege auf den Zweigbahnen der Staaten New-York und Pennsylvania völlig verweht. Der Stadt New-York droht eine Milchnot, da die Händler auf dem Lande auf den verschneiten Landstraßen nicht vorwärts kommen und nicht zu den Eisenbahnstationen gelangen können. Die einlaufenden Schiffe melden fortgesetzte stürmischer See und schwerer Fahrt.

Schiffss-Nachrichten.

Lübeck, 20. Febr. Die Bark „Ganger Wolf“ aus Tvedstrand, in Ballast von Rotterdam kommend, strandete in letzter Nacht auf Grönningen bei Gamle Hellefjord. Die Besatzung wurde gerettet, das Schiff bemüht wieder abgebracht.

Holifax, 24. Februar. (Tel.) Der Dampfer „Moravia“ von der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-gesellschaft ist mit erschöpftem Kohlenvorrath und durch Sturm erheblich beschädigtem Verdeck hier eingetroffen; auch die Schraubenblätter hatten Schaden gelitten. Der Dampfer läßt seine Reise nach Newyork fort.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Februar. (W. L.) Der Abgeordnete Bödiker (Centr.) ist gestern in Hildesheim gestorben.

Berlin, 27. Febr. (W. L.) Ein Rundschreiben der Vorstände des Centrums des Reichstags und Landtags erklärt gegenüber dem Redakteur Fusangzel, welcher sich als linksstehender Centrumsmann bezeichnet, das Centrum lehne die Unterscheidung zweier Flügel ab. Wer anders Stellung nehm, könne als Centrumscandidat nicht anerkannt werden.

Stuttgart, 27. Febr. (W. L.) Der Orientzug Paris-Wien ist Donnerstags zwischen Gr. Sachsenheim und Bietigheim völlig entgleist. Die Locomotive und der Gepäckwagen sind umgestürzt und versperren beide Gleise. Der Maschinist ist leicht verletzt, die achtzehn Passagiere sind unverletzt geblieben und mit einem Hilfszug mit 1½ stündiger Verspätung weiter befördert worden.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 27. Februar.

Weizen loco matt. per Tonne von 1000 Kilogr. feingängig u. weiß 745—799 Gr. 138—153 M. Br. hochbunt 745—799 Gr. 135—152 M. Br. hellbunt 745—799 Gr. 135—151 M. Br. 112—148 bunt 745—788 Gr. 132—150 M. Br. M. bei. rot 745—821 Gr. 130—150 M. Br. ordinär 713—766 Gr. 122—144 M. Br. Regulierungspreis bunt lieferbar transit 745 Gr. 125 M. Auf Lieferung 745 Gr. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 152 M. Br. 15½ M. Br. transit 10½ M. Br. 120 M. Br. 122 M. Br. 128 M. Br. weiß etwas 745 Gr. 127½ M. Br. 128 M. Br. 130 M. Br. fein hochbunt glasig 798 Gr. 134 M. per Tonne 100 M. Br. Mai-Juni zum freien Verkehr 152 M. Br. 15½ M. Br. 120 M. Br. 122 M. Br. 128 M. Br. Termine: April-Mai zum freien Verkehr 152 M. Br. 15½ M. Br. Mai-Juni zum freien Verkehr 153 M. Br. 15½ M. Br. transit 130½ M. Br. Juni-Juli 155 M. Br. 15½ M. Br. Juli-Aug. 156 M. Br. 15½ M. Br. 120 M. Br. 122 M. Br. 128 M. Br. 130 M. Br. 132 M. Br. 134 M. Br. Mai-Juni 157 M.

Gatt besonderer Meldung.
Die glückliche Geburt eines
Anaben zeigen ergeben an.
Güblau, d. 25. Februar 1893.
Paul Regin und Frau.

Die Verlobung ihrer ältesten
Tochter Anna mit dem hof-
beifherren Otto Regin-Gottes-
walde beehren sich ergebenst an-
zeigen.

Truttenau, den 26. Februar 1893
Johann Schefler
5670) und Frau.

Nach schwerem Leiden entstieß
jant mein innigster geliebter
Mann, unter guter Vater, Sohn,
Bruder, Schwager, Onkel und
Neffe, der Gutsbesitzer

Rudolph Möller
im 44. Lebensjahr.
Dieses zeigen, um stillle Theil-
nahme bitten, an

Langfelde, den 26. Februar 1893

Die tieftrauernde Gattin
und hinterbliebenen.

Die Trauerei findet Don-
nerstag, Nachmittags 3 Uhr, im
Trauerhaus zu Langfelde statt;
die Beerdigung Freitag, den 3.
März, Nachmittags 2½ Uhr, von
der Leichenhalle des neuen St.
Marien-Archofes (Halbe Allee).

Die Beerdigung meines Sohnes
Ernst Dau findet Mittwoch,
den 1. März cr., Vorm. 10 Uhr,
auf d. alt. Heil. Leichnam-Arch-
hofv. b. dortig. Leichenhalle a. statt.

Die Beerdigung der Frau
Rechnungsstrath v. Lenzki
findet Mittwoch, um 11 Uhr,
auf dem alten Heil. Leich-
nam-Archofe statt.

Naturforschende
Gesellschaft.
Mittwoch, den 1. d. Mts.,
Abends 8 Uhr:
Sitzung
der
Anthropologischen Sektion.

Tagesordnung:
1. Zum Gedächtnis Ludwig Lin-
denschmidts.
2. Bericht über einige im letzten
Jahre ausgeführte Ausgra-
bungen in der Provinz.
3. Das deutsche Bauernhaus. Von
Dr. Meringer. Referat des
Dr. Dehlschlaeger.
Dr. Dehlschlaeger.

Loose:
Weseler Geld-Lott. a 3.50 M.
Dani. Gilber-Lotterie a 1 M.
Ruhmeshalle-Sörth a 1 M.
Marienburger Schlossbau a 3 M.
St. Marienkirche in Treptow
a. R. a 1 M.
zu haben in der
Exped. der Danziger Zeitung.

Lotterie-Loose:
Weseler Original a 3.25 M.,/al M.
Antheitseine a 10 1/2 in 50 Krn.
Marienburger a 3 M.
Königsberger Pferde a 1 M.
Treptower Gilber a 1 M.
Ruhmeshallen a 1 M. (5495
Feller jun., Lotterie-Geschäft,
Jopengasse 13, Ecke Poststraße).
Sichter

Neuschädelhäuse,
25 S.
Durch - Abnahme billiger,
echten
Camembertskäse,
reif, 1.00 M.
empfiehlt (5723
F. E. Gossing.

Frischen Blumenkohl,
conservirtes Gemüse,
Shoten,
Schneidebohn, Wachsbohn,
Pariser Garotten,
Leipziger Allerlei,
Bruchspargel,
Stangenpargel

empfiehlt in 1/2 u. 4 u. 5 K.
Dosen, in bekanntester Qualität,
zu billigsten Concurrenzpreisen.

F. E. Gossing.
Frischen Räucherlachs,
geräucherter Lachsgeringe,
Kieler Spraten,
russ. Gardinen in Fächer und
ausgewogen,
Christ. Ankoris in Gläsern
und ausgewogen,
Straßlunder Bratheringe,
Dessardinen
empfiehlt

A. Aurowski vorm. Adolf Eick,
Breitgasse 89 u. Breitgasse 108.

Erhielt soeben aus verschiedenen
Landen frische Süßöle,

Bremen, H 35 und 40 S. Sechte
35 S. Barle in allen Größen,
H 35 S. alle andere Sorten
Sicht nur billig.

Lachmann, Tobiasgasse 25.

All Arten Handschuhe
in grösster Auswahl
zu
billigsten Preisen
R. Klein,
Gr. Krämergasse No. 9.
Handschuh-Wäscherei
und Färberei
Bestellung nach Maass.

Hundegasse 75, 1 Tr.,
werden alle Arten Regen- und
Sonnenfärme neu bezogen, a.
Schirme in den Lagen abgebaut,
sowie jede vor kommende Repar.
prompt u. sauber ausgeführt.

M. Krämer, Wittwe.

Trauerkränze,
Palmenwedel ic.
empfiehlt bei sehr billigen
Preisen, guter Ausführung
Baumert.
Gr. Wollwebergasse 13.

Eleganten
Frühjahrs-Anzug
nach Maas
für 30 Mk.
liefer unter Garantie für
tadellosen Eis
S. Baumann,
1. Damm 21.

Zur gesl. Beachtung!
Durch kleine Geschäftskosten,
vortheilhaftes Einkauf der Stoffe
und dadurch, daß ich den Zu-
schnitt der Garberoben selbst
ausführe, bin ich im Stande,
für auf gearbeitete und tadellos
sitzende Herren-Garberoben nach
Maas äußerst billige Preise zu
stellen.

Ich empfehle schöne
Frühjahrs-Anzüge
von haltbaren und modernen
Stoffen, zu 36, 40 M. u. i. w.
L. Willdorff,
Jopengasse 36. (5726)

Magenleidende
vertragen
als Frühstück
am besten

Kathreiner's
Kneipp-Malzkaffee
bester Kaffeezusatz.
PATENTIRT

Poehr in Stühle w. saub. u. eleg.
geflocht. Holzgasse 5 part.

Drosenes Seegras
empfiehlt billigst
Will. Bahl, Milchhanneng. 11

Privileg. Abdækerei,
best. aus einem 3töck. Schlach-
und Wohnhause, soll verkauft
werden.

Adressen unter 5683 in der Ex-
pedition dieser Zeitung erbeten.

Wagenpferde-
Verkauf.

Zwei hochelegante
Wallache,

Aohlräder ohne Abzeichen, mit
hervorragenden Gängen, gut zu-
sammenpassend, stromm 4/5 Jahre
alt, 2 1/2' groß, sind in Angnitten
bei Dr. Holland verkauflich.

Feiter Preis 1200 M.

Der Administrator.
5687) Kandler.

Ein ff. Restaurant
und Kaffeehaus

in der Nähe von Danzig per so-
fort oder 1. April zu verpachten
oder zu verkaufen.

Adr. u. 5702 i. d. Exp. d. 3g.

Ich habe die Absicht, die in
meinem am Markt hier be-
genen haus vorhandenen

Geschäftslocale,

in denen seit Jahren eine Restau-
ration, verbunden mit Colonial-
warenhandlung, mit Erfolg be-
trieben wird, vom 1. Oktober
cr. anderweit in verpachten ev.
mein Hausgrundstück unter güt-
lichen Bedingungen preiswert
zu verkaufen.

Wächter bzw. Räufer wollen
sich dieserhalb baldigst bei mir
melden.

Klementine Kleszczynska,
Berent. (5678)

Eine Restauration ob. Schank-
geschäft wird von sofort oder
April zu pachten gefügt.

Gei. Offerten unter Nr. 5701
in der Exped. d. 3g. erb.

Eine Brod-Niederlage
od. Seifen-Geschäft pp.

wird von einer Witwe mit cr.
1000 M. zu übernehmen resp.
kaufen gefügt.

Adressen unter Nr. 5704 in der

Expedition d. Zeitung erbeten.

6000 Mark

werden sofort zur 1. Stelle auf
ein Gebäude in Danzig gefügt.

Gerichtliche Taz 15.000 M. Gei.
Offert. u. 5727 i. d. Exp. d. 3g.
erbeten. Agenten ausgeschlossen.

A. Danzig, m. 35500 M. gerichtl.
Taz, suche i. 21000 M. Stiftungs-
Kirchen- oder Pupillen-Gelder.

Adr. uni. Nr. 5132 i. d. Exp. erb.

Empfiehlt anständige Damen fürs

Büfet nach außerhalb. Es

bitten um gütige Aufträge

M. Schleife, Tobiasg. 8 part.

Gei. zum 1. April d. 3. ein

gebildetes junges Mädchen

gelehrten Alters zur Stütze der

Haushau und Beaufsichtigung

von Anaben. Meldungen nebst

Zeugnissen u. Photographie unt.

5194 an die Exped. d. 3g. erb.

Für mein Colonial- u. Material-

waren-Geschäft suche vom 1.

April cr. einen siehigen jüngeren

jungen Mann.

Abschrift der Zeugnisse erbeten.

Richard Barth,

Lauenburg i. Pomm.

Gelsz'sche Präparierte Gerstenmehl

wird in Danzig seit über 50 Jahren bei

Blutarmen, Kerven- und Magenleidenden,

Brustkranken, Rekon-

valescenten, magern, sowie schwachen Personen, zur

Wiederherstellung körperlicher und geistiger Frische,

mit aufstellendem Erfolge angewandt.

Das Rezept nebst Gerätschaft ic. zur Bereitung

des pr. Gerstenmehls des H. Gelsz; habe ich von den

Erben käuflich erworben, und ist von nun ab allein

ich bei mir das Pfund für 60 S. bei Abnahme von

6 Pfund 3 M. zu haben. (2323)

Löwen-Drogerie G. Kunze, Paradiesgasse

zur Altstadt. Nr. 5.

Marienburger Ziegelei- und Thonwarenfabrik (Action-Gesellschaft).

Die Herren Actionäre unserer Gesellschaft werden hier durch zur ein und zwanzigsten ordentlichen General-Versammlung auf

Donnerstag, den 16. März d. 3.

Nachmittags 3 1/2 Uhr,

in den Buechner'schen Gashof, Zum Deutschen Hause in Marienburg, ergebenst eingeladen. Diejenigen Actionäre, welche sich bei der General-Versammlung beteiligen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben nach § 21 und 22 des Statuts ihre Aktionen vorher entweder bei der Gesellschafts-Kasse in Schloß Rathof oder bei der Marienburger Privat-Bank D. Martens in Marienburg, oder bei Herrn Hermann Bape in Danzig, oder bei Herren Baum & Liepmann in Danzig zu deponieren und gegen einen Depositen-Schein nebst Stimmkarte in Empfang zu nehmen.

1. Geschäfts-Bericht und Vorlegung der Bilanz per 1892.

2. Bericht der Revisoren über Prüfung der Bilanz; eventl. Ertheilung der Decharge.

3. Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsraths.

Die Bilanz und der Geschäftsbericht pro 1892 liegen vom 1. März d. 3. in dem Geschäftskontor der Gesellschaft in Schloß Rathof zur Einsicht aus.

Marienburg, den 23. Februar 1893. (5719)

Der Aufsichtsrath. Der Vorstand.
Bauer. Rud. Woelke. Julius Kohn. H. Weisse.

Allgemeine Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft
in Mannheim.

Errichtet 1863. Garantiemittel Mk. 452000. Die Gesellschaft versichert gegen Bruchschäden jeder Art, namentlich auch verursacht durch Sturm, Hagelschlag, Unvor-
sichtigkeit des Versicherten oder Unvorsichtigkeit oder Böswilligkeit
heit anderer Personen:

1) Schaufenscheren aus (5-8 mm) dickem Spiegelglas

und ebenholzene Fensterleihen in Privat- oder öffentlichen Gebäuden;

2) Spiegel in Cafés, Hotels, Verkaufsläden und Privat-
wohnungen;

3) Reflektoren, Firmatafeln;

4) Scheiben von Rhein- oder Belg. Tafelglas (Gelinglas);

5) geätzte, definierte oder bemalte Scheiben, Verglasungen von Vorplatzläschülen, Glasschalen etc.;

6) Altdutsche Fenster (Bleiverglasung mit Büchsencheiben, mit und ohne Glasmalerei);

7) Bedachungen in Rohglas, Verglasungen von Treibhäusern (Wintergarten), Photogr. Ateliers ic. nach Ueberreinkunft.

General-Berater für die Provinz Westpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Ostpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Westpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Ostpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Westpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Ostpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Westpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Ostpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Westpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Ostpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

General-Berater für die Provinz Westpreußen Heinrich Hevelke in Danzig.

Beilage zu Nr. 1999 der Danziger Zeitung.

Montag, 27. Februar 1893.

Reichstag.

52. Sitzung vom 25. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Stephan,

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des von dem Abg. Rintelen eingebrochenen Gesetzentwurfs, die Änderung des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich.

Abg. Rintelen (Centrum) beantragt, seinen in zweiter Beratung unverändert angenommenen Antrag in folgender redaktionell veränderter Fassung anzunehmen.

Der § 69 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich wird durch nachstehende Bestimmung erweitert:

Die Verjährung ruht während der Zeit, in welcher auf Grund gesetzlicher Vorschrift die Strafverfolgung nicht begonnen oder nicht fortgesetzt werden kann. Ist der Beginn oder die Fortsetzung eines Strafverfahrens von einer Vorfrage abhängig, deren Entscheidung in einem anderen Verfahren erfolgen muss, so ruht die Verjährung bis zu dessen Beendigung. Ist zur Strafverfolgung ein Antrag über eine Ermächtigung nach dem Strafgesetz erforderlich, so wird der Lauf der Verjährung durch den Mangel des Antrages oder der Ermächtigung nicht gehindert. Nach kurzer Bespruchung dieser Fassung durch die Abg. Rintelen und Hartmann (cons.) wird der Gesetzentwurf ohne weitere Debatte definitiv angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Ergründung der Gesetze betreffend Postdampfschiff-Verbindungen mit überseeischen Ländern von 1885 und 1887.

Die Vorlage ermächtigt den Reichskanzler, wegen Weges der Anschlusslinie im Mittelländischen Meer und der dafür ausgesuchten Beihilfe von 400 000 Mark dem Unternehmer der Verbindungen mit Ostasien und Australien für das Anlaufen von Neapel jährlich 100 000 Mk. Beihilfe zu bewilligen. Für überseeische Anschlusslinien darf ausnahmsweise eine Fahrgeschwindigkeit von weniger als 11½ Knoten im Durchschnitt gestattet werden.

Staatssekretär v. Stephan: Nach den bisherigen Erfahrungen ist die besondere Anschlusslinie im Mittelmeer überflüssig geworden. Dafür soll außer Genua noch Neapel anlaufen werden. Dieses Anlaufen erfordert jährlich 100 000 Mk. oder etwas mehr. Für die Reichskasse ergibt sich eine jährliche Ersparnis von nebst 300 000 Mk. Die Zweiglinie nach Samoa soll fortfallen und durch eine an die ostasiatische Hauptlinie angeschließende Zweiglinie von Singapore über Niederländisch-Indien nach Neu-Guinea erweitert werden. Für diese Linie reicht man auch mit einer geringeren Geschwindigkeit aus. Der Norddeutsche Lloyd hatte bis 1900 den Anspruch auf Bewilligung von jährlich 250 000 Mk. für die Samoalini. Er hat uns aber den erwähnten anderweitigen Vorschlag gemacht, und wir sind darauf eingegangen. Weitere Ausführungen hierüber behalte ich mir für die Debatte vor. Die Vorlage wird Ihnen von den verbündeten Regierungen zur Annahme empfohlen.

Abg. Bamberger (freis.): Ich befnde mich in der angenehmen Lage, der Vorlage zustimmend gegenüberzustehen und habe nur noch einige Desideria daran zu knüpfen. Es zeigt sich jetzt, wie recht wir hatten, als wir vor Jahren der Samoalini witterten; es zeigt sich, dass diejenigen recht behalten, die von vornherein mit kühlerem Herzen diesen Dingen gegenüberstanden. Vor acht Jahren ist diese Linie beschlossen worden, und zwar nicht auf Vorschlag der Regierung, sondern auf Vorschlag gewisser Kreise der Bevölkerung, welche sich mit den unglaublichen Illusionen dem Colonial-Enthusiasmus hingaben. Alle diese hochspannenden Erwartungen, diese Berechnungen über die Steigerung des Exportes nach Indien und Australien, nach China und Japan sind zusammengebrochen; man ist enttäuscht. Die Anschlusslinie wurde 1886 namentlich von den Süddeutschen mit Begeisterung gefordert, aber 5 kurze Jahre haben genügt, um klar zu stellen, dass diese Linie nach Port Said überflüssig war, und dass die 400 000 Mark pro Jahrhundert ausgegeben sind. Jetzt sollen wir 300 000 Mark ersparen. Dass Samoa fallen soll, dagegen habe ich nichts. Ich danke den Regierungen, dass sie gethan haben, was sich und Richter schon von 2 und 3 Jahren verlangt haben. Von der Linie nach Korea ist es auch wieder ganz still geworden. Dieses Project einer koreanischen Linie wurde aber lange gehegt; noch 1887 wurde mir von Herrn v. Bötticher gesagt, die Linie sei noch keineswegs aufgegeben, man unterhandle noch mit der koreanischen Regierung wegen der Wahl des Anlaufhafens. Sollten diese Unterhandlungen heute noch schweben (Große Heiterkeit links), so bin ich natürlich entsprechen der vom Reichstag geprägten Praxis durchaus nicht geneigt, dieselben durch vorläufige Interpellationen zu stören. Jedenfalls soll die Samoa-Linie eingehen, und zwar deswegen, weil der Verkehr auf dieser Zweiglinie geradezu gleich Null gewesen ist. Warum nun aber die neue Zweiglinie nach Neu-Guinea anstatt die 250 000 Mark jährlich einfahrt zu ersparen? Man will doch einfach der Neu-Guinea-Compagnie eine Subvention zuwenden, und die Gesellschaft, die bisher das kostbare Privilegium der absoluten Unabhängigkeit besaß, würde dieses Privilegium bei dieser Gelegenheit einbüßen. Auf Neu-Guinea giebt es ja noch gar keinen Handel, jedenfalls nicht mit deutschen Waren. Man führt nun ferner an, dass die Linie ja den Verkehr mit Ostasien fördern solle. Ich gebe ohne weiteres zu, dass die Linie so schlecht wie die Samoalini nicht ist. Der ganze Vorschlag aber ist ein Kind der Verlegenheit, wie man die 250 000 Mk. unterbringen sollte, wenn man sie dem Bremer Lloyd nicht entziehen wollte. Der Bremer Lloyd hat Jahr für Jahr an den subventionierten Linien zugestellt; ich bin also ganz damit einverstanden, wenn man glimpflich mit ihm verfahren will. Die Erfahrungen mit den durch Reichsgelder unterstützten Linien nach Ostasien und Australien sind einfach graulich; das hat der

Staatssekretär selbst zugegeben, und wenn er es es auch nicht zugegeben hätte, die Zahlen sprechen zu deutlich. 40 Millionen sind schon aus Reichsmitteln hingegeben. Bremen hat mit der Subvention für 16–17 Millionen Mark jährlich Güter nach Australien exportiert; Hamburg hat also die von dem Reich unterstützte Rivalität von Bremen, nachdem es sich vom ersten Schreck erholt hatte, bald wieder überwunden. Unerklärlie bleibt, woher damals der große Enthusiasmus gekommen ist. Auch so erfahrene H. H. Meier, den ich darum befragte, wusste mir keine Antwort zu geben, als dass man sich damals schneidete, das der ganze Passagierverkehr auf die neue deutsche Linie übergehen würde. Aber diese Erwartung hat sich absolut nicht erfüllt, die Passagiere, namentlich die der besseren Kästchen, blieben den französischen und englischen Linien treu, und nur das Auswanderungscontingent haben die deutschen subventionierten Linien vermehrt. Wenn man die Samoalini eingeht, warum dann auf halbem Wege stehen bleiben? Warum nicht den Rest der ganzen subventionierten Linien dem Bremer Lloyd abnehmen? Man sollte doch einfach den Lloyd absindern und brauche die Entschädigung keineswegs gering zu bemessen; der Gewinn für das Reich würde immer noch ein ganz unverhältnismäßiger sein. Ich glaube dem Haufe und den verbündeten Regierungen empfehlen zu sollen, diesen Weg auf seine Gangbarkeit zu prüfen. Auch ist die Vorlage so einfach, dass sie wohl im Plenum weiter beraten werden kann.

Staatssekretär v. Stephan: Ich könnte den Zahlen des Abg. Bamberger entgegenstellen, halte das aber für überflüssig. Die Exportzahlen allein thun nichts; es kommt ja eben nur der große indirekte Vortheil in Betracht, den der nationale Gedanke durch diese deutschen Schiffsverbindungen erlangt hat. Wir sind von den vermittelnden Staaten bezüglich der Postverbindung und der direkten Correspondenz unabhängig geworden. Rechtfertigt das Herr Bamberger für gar nichts? Wenn wir es erst erreicht haben werden, vierzehntägige Fahrten einzurichten, werden diese Vortheile sich noch viel greifbarer darstellen. Auch bedenkt Herr Bamberger den staatswirtschaftlichen Vortheil nicht, den diese Unternehmungen dadurch mitgebracht haben, dass sie kolossale Kapitalien in Umlauf seien. Der Bremer Lloyd hat allein in sechs Monaten für 9½ Millionen Schiffe bestellt. Sollte es da nicht berechtigt sein, auch der Hunderte der armen Arbeiter zu gedenken, welche auf diese Weise Arbeit bekommen? Ein Sturm des Unwillens würde entstehen, wenn man das ganze Unternehmen über Bord werfen wollte. Ich bin fest überzeugt, dass der Reichstag sich nicht darauf einlassen wird. Wir wollen hier nur einen trocknen Ast absägen, um den Baum sonst kräftiger wachsen zu lassen. England, Frankreich, Nordamerika zählen viel mehr an Subventionen; das kleine Holland fast ebensoviel wie das große Deutschland. Die abfällige Kritik über Neu-Guinea ist wohl nicht ganz ernst zu nehmen. Wenn Sie Neu-Guinea nach hundert Jahren sehen (Große Heiterkeit), werden Sie anders urtheilen.

Abg. Bamberger (freis.): Wir halten doch die Vorbereitung der Vorlage in einer Commission für geboten. Für uns kommen die Interessen der christlichen Mission, wie sie in unseren Colonien sich etabliert haben, in Betracht. Sie erfreuen sich ja auch des Wohlwollens der verbündeten Regierungen, doch bleibt in dieser Beziehung noch Manches zu wünschen. Vielfach sind Missionsstationen schwer geschädigt worden. Missionare haben an Gesundheit und Leben Nachtheil erlitten, nur weil es an guten Verbindungen mit dem Mutterlande fehlt. Vielleicht giebt der Staatssekretär noch eine Darstellung von der Bedeutung der Mission in Neu-Guinea. Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission.

Director der Colonialabteilung Geheimrat Kazier: Auf Neu-Guinea befindet sich eine von Australien verfolgte Missionsgesellschaft, dann war noch eine Mission vom sacre coeur im Bismarckarchipel. Erst mit dem Übergang aus der Compagnie haben deutsche Missionen sich dort aufgestellt und sich in der erfreulichsten Weise entwickelt. Gerade sie haben aber die häufigsten Klagen über mangelnde Communication mit dem Mutterlande erhoben. Da kam uns der Antrag des Norddeutschen Lloyd; er wird uns in den Stand setzen, diesen Klagen abzuholen.

Abg. Barth (freis.): Was Herr v. Stephan uns zu Gunsten der subventionierten Linien vorgebracht hat, haben wir schon bei der ersten Begründung der Vorlage 1885 gehört. Diese Gründe sind mehr oder weniger allgemein und beziehen sich meistens auf das Beispiel anderer Länder. Nun hat gerade Frankreich mit seinen subventionierten Linien die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Die ganze französische Ruherei ist durch dieses System so vernichtet und verwirkt worden, dass wir uns seiner Zeit so entschieden gegen das System der Subventionierung ausgesprochen haben. Auch der Generalpostmeister hat nicht bestritten, dass die finanziellen Vortheile dieses großen Unternehmens ungünstige sind. Der Lloyd hat seine wirtschaftliche Lage durch die Übernahme dieser Linie verschlechtert und steht heute wesentlich ungünstiger da, als es sonst der Fall sein würde. Ueber diese nüchterne Betrachtung hilft uns die Verneigung auf die indirekten Vortheile nicht hinweg. Diese Art von Enthusiasmus ist wirtschaftlich nicht calculirbar. Wir müssen schließlich doch immer nach der Rentabilität fragen, in dieser Frage lösen sich alle andern mit auf. Ist das Unternehmen rentabel, dann ist es auch indirekt ein großer Vortheil für die Nation, der die Unternehmer angehören. Sie sind auch allerlei neue Schiffe gebaut und Arbeiter beschäftigt worden, als die Linien eingerichtet wurden. Diese Erwägung kehrt immer wieder, auch wenn es sich nicht um Handelschiffe, sondern um Kriegsschiffe handelt. Für die parlamentarische Lage

bald uns über andere Wünsche hinwegsetzt: nicht allein ihr feelenloses Auge bezaubert den Zuschauer, sondern gleichsam „jede Nerve“ an ihr, jede Linie des Körpers, den sie auf wunderbare Weise in der Gewalt hat, jede Bewegung ihrer feinen Hände ist Ausdruck und im höchsten Affect noch gräziös. Was sollte nun weiter von Verdi's und von ihrer Traviata noch zu sagen sein? Das Werk wie die Leistung der Künstlerin sind an dieser Stelle bei früheren Gastspielen der Signorina nach allen Seiten besprochen worden; man könnte etwa hinzufügen, dass doch Beethoven bereits den musikalischen Ausdruck der interessantesten Morbidität, und zwar im Sinne nicht nur der Seelenschwäche, sondern auch der körperlichen Krankheit begonnen hat, nämlich in dem „klagenden Gesang“ der Sonate op. 110 mit Vorschriften wie perdendo le forze dolente, „nach und nach wieder auflebend“ — freilich steht hier die herzlichste Versöhnung und Verklärung dem gegenüber: bei Verdi könnte man diese etwa in der ätherischen Zartheit des Ausdrucks der Krankheit finden, dem Drama als solchem fehlt sie. Wer die „Traviata“ öfter gehört hat, wird ja unwillkürlich hübler gegen das Werk und der Musiker wird empfindlicher gegen dessen Schwächen: dieses Schwanken zwischen Beethoven und dem Leierkasten, was die Höhe

liegt die Sache dadurch verzwickt, dass der Bundesrat, wenn er innerhalb der bewilligten Summen bleibt, ohne weiteres dem Lloyd gestatten kann, eine andere Linie zu betreiben; der Reichstag spricht bei dieser ganzen Substitution einer Linie durch die andere nur insofern mit, als er seine Zustimmung zu einer verminderten Fahrgeschwindigkeit zu geben hat. Wenn wir gegen die Subventionspolitik von Anfang an entschieden aufgetreten sind, haben wir nichts gegen den Norddeutschen Lloyd thun noch sagen wollen, im Gegenteil wünschen wir, dass er nicht noch schlechter fährt bei der ganzen Sache, als es bisher der Fall gewesen ist. Es handelt sich also nur um die Gegenleistung des Lloyd für den Fall der Samoalini. Selbst wenn ich die Neuguinea-Linie protegiere, würde ich mich für den Vorschlag Bambergers aussprechen. Denn diese neue Linie wird jedenfalls um so mehr prosperieren, je weniger der Lloyd von fremden Einflüssen abhängt, je unabhängiger und freier er sie betreiben kann. Gegen die Einrichtung dieser Linie habe ich gar nichts, aber sie soll kein Theil der subventionierten Linien sein. Wenn die Neu-Guinea-Compagnie ihren Vortheil richtig versteht, würde sie mit dem Lloyd einen kaumänischen ordnungsmäßigen Vertrag abschließen, nicht aber eine verdeckte Subvention sich gefallen lassen, wie sie in der Vorlage enthalten ist.

Abg. Scipio (nat-lib.): Mir werden, nachdem das Centrum es gewünscht hat, auch für Commissionsberatung stimmen. Herr Barth verlangt von uns nüchterne Betrachtung der Thatsachen. Was sind das für Thatsachen? Lediglich die, dass die andern Culturstaten weit mehr für Subventionen ausgeben als wir, die wir doch bei steigender Bevölkerung immer mehr darauf hingewiesen sind, unser Export ganz allgemein zu erhöhen. Recht gehabt haben Diesenigen, welche 1885 darauf hinweisen, dass nicht sowohl die directen Vortheile der Gesellschaften die Haupttheile seien, als die indirekten Vortheile, von denen heute schon die Rede gewesen ist. Gerade diese wirken belebend auf unsern ganzen Export. Wie wichtig war es für uns, beim Vorgehen Englands bezüglich der Waarenbezeichnung, dass wir selbständige Linien nach dem Auslande hätten? Redner weiß dann ausführlich auf die Vortheile hin, welche die Verbindung mit den Sundainseln durch die Neu-Guinea-Linie für den deutschen Handel und Verkehr haben wird.

Abg. Scipio (nat-lib.): Mir werden, nachdem das Centrum es gewünscht hat, auch für Commissionsberatung stimmen. Herr Barth verlangt von uns nüchterne Betrachtung der Thatsachen. Was sind das für Thatsachen? Lediglich die, dass die andern Culturstaten weit mehr für Subventionen ausgeben als wir, die wir doch bei steigender Bevölkerung immer mehr darauf hingewiesen sind, unser Export ganz allgemein zu erhöhen. Recht gehabt haben Diesenigen, welche 1885 darauf hinweisen, dass nicht sowohl die directen Vortheile der Gesellschaften die Haupttheile seien, als die indirekten Vortheile, von denen heute schon die Rede gewesen ist. Gerade diese wirken belebend auf unsern ganzen Export. Wie wichtig war es für uns, beim Vorgehen Englands bezüglich der Waarenbezeichnung, dass wir selbständige Linien nach dem Auslande hätten? Redner weiß dann ausführlich auf die Vortheile hin, welche die Verbindung mit den Sundainseln durch die Neu-Guinea-Linie für den deutschen Handel und Verkehr haben wird.

Darauf geht die Vorlage an die Budgetcommission.

Danzig, 27. Februar.

* [Ablehnung der Brückenbau-Subvention.] Zu dem Beschluss des westpreußischen Provinzial-Landtages, welcher die Unterstützung des Brückenneubaus bei Słotwie ablehnte, macht die „Th. Ost.“ folgende Bemerkungen:

„Der Provinzial-Ausschuss hatte auf Antrag des Kreis-Ausschusses Thorn beschlossen, zur Herstellung der Brücke über die Drewenz, die auf 45 000 Mk. veranschlagt ist, einen Beitrag von 10 000 Mk. zu zahlen. Der Provinzial-Landtag hat diesen Antrag, wie mitgetheilt, abgelehnt, die sonst zu anderen Zwecken beizutragenden Millionen hat er bewilligt. Die Brücke kommt allerdings nur 1700 kleinen Leuten, Bauern, Fischern und Bergl. zu statthen, aber einer Bevölkerung, die von zwei Seiten von Russland, von der dritten durch die Weichsel eingeschlossen ist und nur mit einer Seite mit unserem deutschen Vaterlande beinahe zusammen hängt, wenn nicht die Drewenz dazwischen wäre. Auf diesem verlorenen Posten haben sich die Bewohner trocken alle Zeit als die Unsern gefühlt. Wir haben wenig für sie thun können; zu einem Chausseebau liegen sie zu abgelegen, sie haben aber trocken ruhig nach Kräften die Läden der Provinz mit tragen helfen. Ihr Wunsch ging schon lange dahin, durch eine feste Brücke über das tiefe eingeschnittene Drewenzbett in feste Verbindung mit uns und der Provinz zu kommen. Der Kreis-Ausschuss Thorn ließ einen Kostenanschlag machen und trock der hohen Kosten beantragte der selbe und der Kreistag beschloss fast einstimmig in der Voraussetzung auf einen Provinzialbeitrag, die Brücke zu bauen. Von einem Provinzial-Landtags-Abgeordneten wurde befürchtet, es würden noch mehr Anträge auf Beihilfen zu Brückebauten kommen, wenn dieser genehmigt würde. Wenn es noch eine Stelle in der Provinz giebt, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, so wäre es wohl Pflicht der Provinz, ebenfalls helfen einzutreten. Es giebt aber keine. Wir feiern in diesem Jahre das Andenken an den 100jährigen Anschluss an Preußen; hier ist ein Winkel, der zu Preußen gehört und gehörten will, aber noch nicht angeschlossen ist!“

R. M. [Provinzial-Schützenfest.] In den oberen Räumen des Schützenhauses tagten gestern der Vorstand des westpreußischen Provinzial-Schützenbundes und dessen Beisitzer aus 22 Städten der Provinz. Es wurde beschlossen, das dritte westpreußische Provinzial-Schützenfest in Auln am 16. bis 18. August 1893 stattfinden zu lassen. Es werden zu diesem Feste 12 Standscheiben auf 175 Meter Entfernung aufgestellt werden. Der Festbeitrag ist auf 7 Mk. festgesetzt. Der Provinzial-Schützenkönig erhält eine Ehrenprämie von 100 Mk., der erste Ritter eine solche von 60 Mk., der zweite Ritter eine solche von 45 Mk. und die betreffenden Medaillen im Werthe von 18 resp. 12 Mk.

der Erfahrung betrifft, die in dem Finale nach Alfreds Unthat, in der Spielscene, der Sterbescene, in dem Duett Violettas mit Germont Père außerordentlich ist, und in dem Duett des Vaters mit dem Sohne ganz ungeniert trivial ist. Desto erstaunlicher ist es, wie Franceschina Prevostii die hundertmal gespielte Partie immer wieder mit ganzer Gelehrte Frische, nicht repetitiv, sondern stets improvisierend sie so wedergiebt, dass man glauben möchte, es müsse sie selbst leidend machen, in diese Höhle der Verzweiflung und Vernichtung so oft hinabsteigen: die unvergleichlichsten Momente der künstlerischen Ekstase waren der Ausruf „Alfredo!“ wie sie im höchsten Schmerz verzweifelter Liebe beim Abschied für ewig noch einmal an seine Brust stützt, und das Vorlesen des Briefes, der sie schon sterbend trifft; wie dort in der Stimme, die schon dem Grabe zu kommen scheint, der eifige Hauch des Todes, der tiefste Gelehrte Schmerz sich mit dem Überdruck am verlorenen Leben mischte, insbesondere das lehrt, alles aufgebende Wort è tardi (zu spät), das ist ebenso wenig zu vergessen wie zu beschreiben, und von furchterlicher, man möchte fast sagen von einer grausamen Schönheit. Die Künstlerin war in der Sterbescene und in dem entscheidenden Duett mit dem

* [Erichung von Arbeiterhäusern.] Die Schichau'sche Werft hier selbst beabsichtigt, binnen zweyzig weitere, für je 11 Familien bestimmte Wohnhäuser für die bei ihr beschäftigten Arbeiter an der eigens hierfür bestimmten Straße östlich des kleinen Egercirplakes zu errichten.

* [Einschulungsverfahren.] Die seitens der kgl. Regierung bereits im Jahre 1890 angeregte wichtige Frage wegen Regelung des Einschulungsverfahrens, welche durch den Wechsel in der Person des kgl. Polizei-Directors und des Stadtschulrats ins Stocken geraten war, wird nun wieder aufgenommen werden. Zu diesem Zwecke ist seitens der Regierung ein Termin zu einer mündlichen Erörterung auf Sonnabend, 4. März, im großen Sitzungssaal der kgl. Regierung vor den Herren Ober-Regierungsrath Bergmann, Regierungsrath Meyer und Regierungs- und Schulrat Rohrer, anberaumt. Hierzu werden seitens der Polizei-Direction und des Magistrats die Decernenten für Schulsachen und außerdem der Stadtschulrat entsendet werden.

* [Verlosung.] Dem Vorstande der ständigen Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe zu Weimar ist mittels allerhöchster Cabinettsordre die Erlaubniß erteilt worden, zu der von ihm mit Genehmigung der weimarschen Staatsregierung in diesem Jahre wiederum zu veranstaltenden Ausstellung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes Lose auch im ganzen preußischen Staatsgebiete zu vertreiben.

* [Gutsverkauf.] Das Gut Lindenbergs im Kreise Marienwerder ist von Herrn Otto Neumann an Herrn v. d. Marwitz in Pelonen für 400 000 Mk. verkauft worden.

Aus der Provinz.

S. Aus der Provinz Westpreußen, 26. Febr. Eine nicht geringe Bestürzung hat kürzlich die Verfügung einer Regierung unter den städtischen Lehrern hervorgerufen. Nach einem Rekord des Cultusministers aus dem Jahre 1892 gehören nunmehr auch die Dienstalterszulagen zu den Gnadenkompetenzen der hinterbliebenen Lehrer. Nur haben die hinterbliebenen Lehrer in den Städten, wo ein Lehrer-Collegium besteht, laut der Cabinetsordre vom 27. April 1816 und 22. Januar 1826 ein Anrecht auf ein volles Gnadenquartal. Diese Cabinetsordre sind durch das Rekord des Cultusministers vom 30. Januar 1889 und 24. Dezember 1875 noch vervollständigt worden, als in denselben bestimmt ist, dass in Städten, wo mehr als zwei Lehrer sind, diese verpflichtet sind, während des Gnadenquartals die vacante Stelle unentgeltlich zu vertreten, weil einerseits das Gehalt nicht erwartet wird, andererseits der Schulsozialität keinerlei Kosten entstehen. Im September v. J. starb ein städtischer Lehrer; die Regierung hat der Witwe die Dienstalterszulage aber nur für einen Monat zur Zahlung angewiesen, die Bitte um Anweisung auf das Gnadenquartal aber mit der Begründung abgelehnt, die Witwe hätte nur Anspruch auf einen Gnadenmonat. Auch vom Cultusministerium ist ein abschlägiger Bescheid ergangen. Die Lehrer haben die Stelle des verstorbenen Collegen 3 Monate lang unentgeltlich vertreten. Da die Witwe durch Nichtbewilligung der Dienstalterszulage für ein Gnadenquartal einen bedeutenden Gehaltsausfall erleidet, so hat sich dieselbe nochmals unter Berufung auf die Cabinetsordre und Rekord an das Cultusministerium gewandt. Ein Bescheid ist noch nicht ergangen.

W. Pukig, 25. Febr. Dem Schneeschuhsporn wird auch hier von einigen Herren eifrig gehabt. Wie gerade dieser Winter dem genannten Sport sehr günstig war, so ist auch das hiesige Terrain,

